

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Band: 9 (1980)
Heft: 3

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Konzept

mit bücher service Seite 14

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz Auflage 32 000

Adressen: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. (0) 41 47 75 30, D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel Tel. (061) 22 41 41 Postfach 1351, CH-3001 Bern Tel. (031) 25 88 05

Inserate: Inseratenverwaltung «das Konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. (0) 41 47 75 30, PC-Konto 80-36651

Abonnement: pro Jahr Fr. 20.- (Austl. 26.-), PC-Konto 80-37626

Ex-Nazis im Atomgeschäft: Sulzers «saubere» Geschäftspartner S. 3

Rudolf Bahro, Niklaus Meienberg: Diskussion um Afghanistan S. 3/4

Frauen und Militär: Peggy Parnass: Das gleiche Recht zu töten? S. 5

«Grün 80» in Basel: Des Schweizlers grösster Schrebergarten S. 7

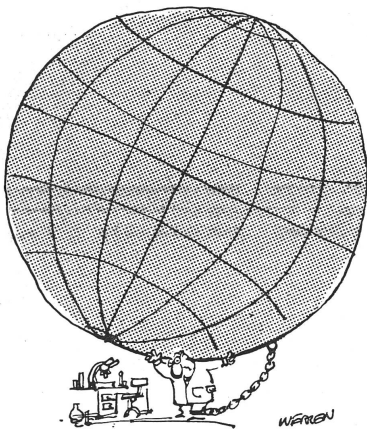
Reaktion und Kommerz bemühen sich um Radio und TV: Der Griff nach den Medien S. 9

Vor dem Gösgen-Entscheid des Bundesrats

Urteil aus dem hohlen Bauch

Von Alex Oberholzer, Präsident der ÜBA SOIAG*

Der Bundesrat – die politische, nicht eine richterliche Behörde also – wird in diesem Sommer darüber befinden, ob das Atomkraftwerk Gösgen sicher sei, ob der Betrieb so weitergehen darf oder ob zusätzliche Sicherheitsauflagen gemacht werden müssen. An den Hearings über das AKW, wo die für den Entscheid wichtigen Informationen zusammenkamen, ist allerdings kein Bundesrat je aufgetaucht.



Die Welt – für Bürokraten ein paar Nummern zu gross?

Dr. Braunschweiger und sein Behördengremium haben sich während der Gespräche mit mehr oder weniger Erfolg bemüht, den Schein von Objektivität zu wahren. Der Gesprächsleiter hatte aber – von der Sicherheit der AKW überzeugt – bereits Partei genommen. Einwände, die von seiten der AKW-Gegner-Experten vorgebracht wurden, fanden nur widerwärtig Gehör. Beispielsweise konnte Dr. Braunschweiger nicht verstehen, dass beim Betrieb eines Atomkraftwerks auch auf schwangere Frauen Rücksicht genommen werden muss, weil Föten erheblich strahlengefährdet sind. Einem Experten gegenüber meinte er man könne doch nicht wegen ein paar Schwangere das AKW abstellen.

Flau Juristen urteilen über die Energiefrage

Man hatte über weite Strecken den Eindruck, dass die Behörden – durchwegs Juristen – die Argumentation der wissenschaftlichen Experten nicht verstanden, ja dass sie sich nicht einmal besonders dafür interessierten. Nur ganz selten kam von ihrer Seite eine Frage an die Experten. Einhalten des Terminplans und der Kaffeepausen schien einen höheren Stellenwert einzunehmen als das Erzielen von Resultaten. Zeitdruck führte immer wieder dazu, dass der Vorsitzende nur unwirsch auf Fragen einging und die Experten zur Kürze mahnte.

Experten beurteilen die «Sicherheit» von Atomkraftwerken

Wem ist Gösgen noch geheuer?

Von Ruedi Bühler und Ueli Kasser*

Der Kampf gegen Atomkraftwerke muss weitergehen. Die Hearings haben keine Fronten aufgelöst. Immerhin: auch den Beratern der AKW-Lobby ist der heutige Atombetrieb nicht mehr ganz geheuer.

Das AKW Gösgen muss abgestellt werden, weil der Schutz von Leben und Gesundheit nicht gewährleistet werden kann. Dies folgerten die Atomkraftgegner aus den achtstägigen Anhörungen verschiedener wissenschaftlicher Experten zur Frage der Sicherheit der Atomkraftwerke und speziell zu Gösgen. Für die eidgenössischen Behörden ist die Sicherheit des AKW Gösgen weiterhin gegeben. Es darf und soll weiter betrieben werden. – Wie wurden während der Hearings Werte wie Leben und Sicherheit gemessen?

Gösgen kann morgen explodieren

Die Diskussion um Unfallfolgen und Unfallwahrscheinlichkeiten hatte bei den Gösgen-Hearings einen grossen Stellenwert. In Abweichung von den bisherigen Verlautbarungen der eidgenössischen Experten und der AKW-Betreiber stellten die beiden vom Bundesrat vorgeladene Obergurten* übereinstimmend fest: Bei einem sehr schweren Unfall (Kernschmelzen mit anschliessender Dampfexplosion und Freisetzung grosser Mengen von Radioaktivität in die Luft)

* Wissenschaftliche Berater der Beschwerdeführer (AKW-Gegner) an den Gösgen-Hearings. - Die vom Bundesrat gewählten Fachleute werden im Unterschied zu den wissenschaftlichen Beratern der AKW-Befürworter bzw. AKW-Gegner offiziell als Obergurten bezeichnet. Dass es entgegen den üblichen Gepflogenheiten bei solchen Verfahren bei sozusagen jedem Thema zwei (einer für jede Seite) sind, hat seinen Grund darin, dass die AKW-Frage auch auf objektiver Wissenschaftsebene kontrovers eingeschätzt wird.

Der Herr der Ringe



Der Lord of the Rings mit seiner neusten Einsatztruppe

Auch nach den Gesprächen bestehen noch eine Vielzahl offener und zuweilen diskutierter Fragen, zu denen die Behörden in ihrem Entscheid aber werden Stellung nehmen müssen. Die Juristen allein sind dieser Aufgabe kaum gewachsen, auch dann nicht, wenn sie sich auf die Protokolle der Gespräche stützen. Es besteht die Gefahr, dass sie sich nun an ihre Kollegen von der Energiebehörde wenden, an die Kommission für die Sicherheit von Atomanlagen (KSA) und an die Abteilung für Sicherheit von Kernanlagen (ASK). Auf deren Begutachtung aber beruht die angefochtene Bewilligung, über die der Bundesrat jetzt entscheiden muss. KSA und ASK

sind deshalb selber Partei; gegen sie – wie auch gegen die Kernkraftwerk Gösgen AG – richtet sich die Beschwerde.

Keiner der Bundesräte, welche schliesslich entscheiden werden, war je an den Gesprächen anwesend, um sich selbst ein Bild von den Diskussionen zu machen. Sie werden bei ihrem Entscheid allein auf die Informationen von Dr. Braunschweiger angewiesen sein. Wenn aber die entscheidenden Behörden nicht einmal das Beweisverfahren mitanhören, verkommt die Diskussion von Sachfragen, mit welcher die Behörden ihre Ernsthaftigkeit unter Beweis stellen wollten, zur reinen Alibiübung.

Das waren die Gösgen-Hearings

Das Energiewirtschaftsdepartement erteilte dem Atomkraftwerk Gösgen am 29. 9. 1978 die Inbetriebnahmebewilligung. Trotz unzähligen Beschwerden gegen diese Verfügung durfte der Betrieb des Atomkraftwerks aufgenommen werden. Denn der Bundesrat, die Beschwerdeinstanz, hatte allen eventuellen Einsparungen vorsorglich die aufschließende Wirkung entzogen. Das Risiko, meinte er in seinem Entscheid, sei tragbar: Man müsse nicht den Beschwerdeentscheid abwarten, um das Atomkraftwerk in Betrieb zu setzen. Schliesslich nehme man auch jährlich Tausende von Verkehrstoten in Kauf. Als dann die Beschwerden kamen, musste die zuständige Behörde, das Bundesamt für Justiz (J), erkennen, dass die vorgebrachten Argumente und der damit verbundene politische Druck nicht ohne weitere Umtriebe unter den Teppich gewischt werden konnten. Der Antrag der Beschwerdeführer auf Anhörung von Experten durch die zuständige Instanz (Hearings) musste deshalb wohl oder übel akzeptiert werden.

Aber wie? Das Bundesamt für Justiz schloss kurzerhand die Öffentlichkeit vom Verfahren aus und verlangte einen Kostenvorschuss von 15 000 Franken, die von den Beschwerdeführern aufgebracht werden mussten. Flugblatt der Atomkraftgegner von Solothurn/Aargau: «Ohne Geld kein Recht!» Damit nicht genug. Wichtige Problemkreise wie Atommüll, Strombedarf und die nach spätestens 25 Jahren Betriebszeit fällige Stilllegung des AKW wurden aus dem Fragenkatalog gestrichen.

Acht Tage diskutierten von morgens 8.30 bis abends 18.00 Uhr dreissig Fachberater und Parteivertreter. Auf der einen Seite das angeklagte Amt für Energiewirtschaft, welches die Gösgen-Bewilligung erteilt hatte, in trauriger Gemeinsamkeit mit den Direktoren und Mitarbeitern des AKW Gösgen und auf der anderen Seite die beschwerdeführenden Atomkraftgegner mit ihren Anwälten und Fachberatern.

Es ist das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, welches damit beauftragt ist, zuzuhören des Bundesrats den Gösgen-Entscheid vorzubereiten. Der Chef des Departements, Bundesrat Furgler, delegiert an den Chef des Bundesamts für Justiz, dieser wiederum an den Zentralen Dienst für Beschwerden an den Bundesrat, eine ihm untergeordnete Verwaltungsinstanz. Dieser Zentrale Dienst, ein Juristengremium unter Leitung von Dr. Werner Braunschweiger, hat Antrag zu stellen an den Bundesrat.

Mut und gute Argumente

Dr. Braunschweiger ist Adjunkt im Justizdepartement und vollamtlich damit beschäftigt, die Beschwerden gegen die Atomkraftwerke zu behandeln. In dieser Funktion hat er auch bereits den ablehnenden Entscheid betreffend die aufschließende Wirkung der Beschwerden entworfen (vgl. Kasten «Das waren die Gösgen-Hearings»).

Unter solch schlechten Voraussetzungen braucht es schon den Mut der Verzweiflung – oder gute Argumente –, um überhaupt in ein Beschwerdeverfahren einzusteigen. Die Beschwerdeführer haben von beidem mitgebracht! Die Experten, welche von den Beschwerdeführern angerufen worden waren, haben Fragen und Probleme aufgeworfen, welche von seiten der AKW-Befürworter nicht beantwortet werden konnten, und solche, welche die Behörden gar nicht erst berücksichtigt hatten. Zweimal während des Beweisverfahrens musste das Atomkraftwerk Gösgen wegen technischer Pannen abgestellt werden. Auch wenn es offenbar nicht gravierende Zwischenfälle waren, haben sie doch ganz deutlich gezeigt, dass die Einwände und Bedenken der Beschwerdeführer nicht aus der Luft gegriffen sind.

* Überparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke Solothurn/Aargau

Auch in Zürich, 50 km in Windrichtung, ist in den ersten drei Monaten nach dem Unfall eine Dosis von mehr als 100 rem zu erwarten. Nach nach fünf Jahren wäre die Jahresdosis gefährlich (30 bis 100 rem). Diese radioaktive Belastung würde in einer Agglomeration wie Zürich jährlich bis zu 50 000 Krebstote verursachen. Noch nach Jahren aktiver Entgiftungskampagnen würden jedes Jahr noch 100 Leute zusätzlich an Krebs sterben.

gesichts der Ungeheuerlichkeit dieser Unfallfolgen mussten sich auch die Obergurten sagen, dass ihre Differenzen in den Berechnungen nicht mehr ins Gewicht fallen. Und die langfristigen Auswirkungen sind nicht weniger erschreckend: Aus riesigen Gebieten,

Fortsetzung auf Seite 8

INSERAT

EUROTRAIN

Fahren im Zug.
Sparen im Zug.

- bis zu 50%
- bis 26 Jahre
- 280 Destinationen in 23 Ländern

Verlang den Sonderprospekt mit allen Preisen! Tel. 01/242 30 00

SSR-Reisen

Postfach, 8023 Zürich

Wie ich meinen Bruder zum Grossrat machte

Der Wahlcoup von Wattwil

Er war aussichtsloser Kandidat auf der SP-Liste für den sankt gallischen Kantonsrat gewesen. Doch dann machte ein Gaga-Insertat das Unmögliche zur Toggenburger Wahlsensation.

Schon zum zweitenmal stellte sich mein Bruder Daniel der SP Neutoggenburg als Listenfüller zur Verfügung. Der Ausdruck stimmt, denn nach den letzten Wahlen lag er an letzter Stelle und nichts, aber auch gar nichts sprach dafür, dass es diesmal anders aussehen würde. Denn Daniel ist der eher öffentlichkeits-scheue Einzelgänger geblieben, den man mehr hinter Ständen von Amnesty International, Terre des hommes oder SP als in Beizen sieht. Ausserdem lässt er sich schwer in ein Schema einordnen, indem er einerseits als einsatzfreudiger Primarlehrer, Christ und Sportfreund bürgerliche Wertvorstellungen geradezu meisterhaft erfüllt, andererseits aber immer wieder durch «ungeschicktes» Abweichen auffällt, sei es, dass er sich in Leserbriefen auf die Seite von diskriminierten Straftätern stellt, Autofahrer an Verkehrssampeln zum Abschalten des Motors auffordert oder arbeitslose Schutzbefohlene in seiner Wohnung aufnimmt.

Das war also die Ausgangslage, als mir Daniel etwa 2 Monate vor den Wahlen von seiner Wiederkehrkandidatur erzählte. Ich sah für ihn eigentlich nur zwei Möglichkeiten: entweder den trostlosen «Wahlkampf»-Kelch tapfer an sich vorbeigehen lassen oder – den Spielraum voll ausnützen, etwas riskieren, ein Farbpfeil setzen.

Für jeden etwas

Viel konnte ich allerdings von Basel aus (wo ich wohne) nicht helfen. Oder doch? Ich beschloss, ein Inserat zu entwerfen, das möglichst viele Leser informiert, aktiviert, provoziert und dabei gleichzeitig für Daniel wirbt. Das «Negativ-Insertat» erlaubte mir, in unbotmässiger Form positive Aussagen zu machen. Die «Anschuldigungen» habe ich bewusst so konzipiert und formuliert, dass praktisch jeder Leser «seinem» Anstoss findet, dass sich jeder darin an möglichen Mit-Angegriffenen wiedererkennt.

Ich telefonierte dann den Inseratext einem Vertrauensmann durch, der das übrige besorgte. Und nachdem es erst danach aussah, als ob sich das (freisinnige)

So wurde der Inseratüberbringer (durch Indiskretion) ermittelt und stark, aber umsonst bedrängt, die «Täterschaft» zu nennen.

Verdächtigungen und Beschuldigungen wurden allmählich so penetrant und absurd, dass sich mein Bruder in letzter Minute (Freitagsgasgabe) zu einer von mir gezeichneten «Klarstellung» («... möchte ich mich für die entstandene Aufregung und die dadurch verursachten Missverständnisse in aller Form... entschuldigen») entschloss. Die Sache schien damit gelaufen. Wir machten uns auf eine böse Schlappe, eventuell gar auf den Verlust des einzigen SP-Sitzes gefasst... Und dann das Ergebnis: nicht nur die SP machte den Sitz, sondern gar – mit vielen Panaschierstimmen – mein Bruder! Die Sensation war perfekt.

Die Ehrlichkeit der Antiwörung

Waren es ausschliesslich «Troostimmen» (wie bürgerlicherseits immer wieder behauptet wird), die den Erfolg ermöglicht haben? Wohl kaum. Wer eine solche Welle von öffentlichen Solidaritätsbekundungen erfährt, bedarf keines Trostes mehr. Zudem wurden die

Stimmbürger in aller Form und noch vor Urnenöffnung darüber in Kenntnis gesetzt, dass der Angriff inszeniert war. Die Annahme, dass es viel eher Unterstützungs- und Sympathiestimmen gewesen sind, scheint mir wahrscheinlicher.

Der Wahlcoup von Wattwil ist eine frappante Demaskierung des herrschenden blutleeren, ätzend-öden politischen Klimas hierzulande. Er hat gezeigt, dass viele Leute die seriösen, synthetischen, gepflegten Fassadensprüche über haben.

Dieses wohl spür-, aber nicht fassbare Unbehagen war die Grundlage zu unserem Erfolg. Es war eine Art homöopathische Behandlung nach dem Motto: Was ist erlicher – die Ehrlichkeit von Positivwerbung oder die Unehrlichkeit von Negativwerbung?

Natürlich ist zu hoffen, dass das Beispiel – in dieser oder irgendwelcher Form – Schule macht. Die Chancen sind nicht schlecht. Denn: es gibt in diesem Land eine Stimmung gegen Verändere, Konsumverweigerer, Nonkonformisten – gewiss. Aber es gibt auch eine latente mindestens so grosse Stimmung gegen Verdümmung, Verdummung, Aushöhlung. Wenn es gelingt, diese Stimmung aufzuzeigen und umzusetzen, dann gibt's nicht nur Wahlkampfstimmung, dann gibt's sogar Siegestimmung.

Joachim Rüttmeyer, Kabarettist

Warum wurde er von der Polizei spitalreif geprügelt?

Kein Recht auf Wahrheit

Ein unschuldiger Bürger wird von einer Polizeistreife offensichtlich grundlos spitalreif geschlagen – für den zuständigen Polizeidirektor noch lange kein Anlass, die ganze Wahrheit zu sagen.

fh. Zweimal musste Polizeidirektor Robert Bauder im Berner Kantonsparlament um Auskunftsgebeten werden, bis er mit einem Teil der Wahrheit herausrückte: Eine erste Interpellation zum Fall eines im Mai 1978 brutal misshandelten 58-jährigen Mannes tat der bernische FDP-Polizeidirektor mit – unwahren – Hinweisen auf ein angeblich noch laufendes Strafverfahren ab. Als die Fragen ein zweites Mal gestellt wurden, wiederholte er seine falsche Behauptung (wider besseres Wissen?) und wich den zentralen Fragen aus.

Verschwiegen, vertuscht, verfälscht

Was Bauder verschwie: Die sechs beteiligten Polizisten hatten einen Vergleich unterzeichnet, der einer vollen Schuldanerkenntnis gleichkommt (Übernahme sämtlicher Gerichts- und Anwaltskosten, Zahlung eines Schmerzensgelds). Was Bauder vertuschte: Die Frage nach der Motivation der Polizisten für ihre «sehr unerfreuliche» Aktion blieb auch nach zweimaliger Parlamentsbehandlung unbeantwortet. Eine Folge-rand lässt sich immerhin daraus ziehen: D. konnte und kann überhaupt nichts vorgeworfen werden.

Was Bauder verfälschte: Dem Grossen Rat, der derartige Einzelheiten natürlich nicht überprüfen kann, erklärte Bauder, der Betroffene habe sich bei seiner irrtümlichen Verhaftung zur Wehr gesetzt («Bund» vom 19. 2.) und die Polizisten hätten einen Einbrecher vor sich geglaubt. Dem steht die Tatsache entgegen, dass die Misshandlungen während rund einer Viertelstunde fortgesetzt wurden, obwohl das Opfer – kurzzeitig bewusstlos – längst in Handschellen gelegt war. Und: Die Einbrecherthese wird dadurch entkräftet, dass einer der prügelnden Beamten mit der Familie des Misshandelten bekannt ist.

«Kurz spitz überwältigt»

Zwei Zeugen: «Wir trauten unseren Augen nicht, als wir zusehen mussten, wie brutal und roh dieser vollkommen wehrlose Mann... behandelt wurde. Er stand in verkrümmter Haltung da, beide Arme wurden ihm zwangsweise auf dem Rücken festgehalten (von weitem waren die Handschellen nicht zu erkennen; Anm. fh.) und der Mann schrie vor Schmerzen einige Male auf.»

Der 58-jährige Mann – er hatte hinter dem Haus ein Geräusch gehört, wollte nachsehen und wurde beim Verlassen des Hauses niedergestreckt – war drei Wochen gänzlich arbeitsunfähig, musste weitere drei Wochen Erholungsurlaub nehmen und war insgesamt acht Monate in ärztlicher Behandlung. Der Arzt diagnostizierte zahlreiche Blutergüsse am ganzen Körper, Infiltration der Brustdrüse und einen kleinen Brustfellerguss.

Noch heute muss D. Beruhigungsmittel schlucken. In der Sprache des Polizeirapports: «Kurz spitz wurde der Unbe-

kannte, welcher sich wehrte (was dieser bestreitet; fh.), überwältigt...»

Bedenklich ist in diesem Fall nicht in erster Linie das Verhalten der – inzwischen disziplinarisch bestraften – polizeilichen Täter, die in Zeiten der Terrorhysterie (Mai 1978: «Schüsse von Gösigen», Heusler-Mord), milde ausgedrückt, hart zugefasst haben. Unverständlich bleibt das Bemühen des vorgesetzten Politikers, auch zwei Jahre danach mit dem Ausdruck des Bedauerns exakte Antworten auf präzise Fragen zu verweigern. Wird damit nicht die Klima der leichtfertigen Gewaltanwendung obrigkeitlich Vorschub geleistet? Fredi Häni

Von einem Schuss aus der Dienstwaffe eines Kantonspolizisten getroffen, wurde am 27. Februar ein Mofa-Fahrer aus Heimberg BE schwer verletzt ins Spital eingeliefert. Einer von vier gegen den Boden abgefeuerten Schüsse war vom Asphalt abgeprallt, durchschlug die Rückenlehne des Mofas und drang in den Körper des jungen Mannes ein, wie der Untersuchungsrichter mitteilte. Der Polizist, nach



kurzer Untersuchungshaft freigelassen, machte geltend, der Bursche sei mit einem «frisiertem» Töffli gefahren und habe sich – wie schon früher bei ähnlicher Gelegenheit – einer Kontrolle durch Flucht entziehen wollen. Droht die im nahen Ausland geübte Praxis des gezielten Todeschusses auch in der Schweiz Schule zu machen?

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Anker Adolar!

Herzlichen Dank, liebe Frau N. Z. in Zürich, für Ihre regelmässigen Zuschriften. Sie sind wirklich ein Dauerberner. Diesmal scheinen Sie aber einer Falschinformation aufgefressen zu sein. Es fällt uns schwer zu glauben, dass zum 200-Jahr-Jubiläum Ihres Lieblingblattes auch Breschnew gratuliert haben soll. Wir sind die Liste der Gratulanten nochmals durchgegangen und vermuten nun, dass Sie Breschnew – ein leicht verständlicher Irrtum – und den US-Sicherheitsberater Breschinski verwechselt haben. Der Teufel liegt im Detail!

Liebe P. D. in A., Sie gehen natürlich fehl in der Annahme, die Mitglieder der Nationalen Aktion hätten im Sinn, den Präsidenten der

PdA, Armand Magnin, in den Bärengraben zu werfen, wie in Paris eine «Nationalistische Interventionsgruppe» mit dem KPF-Chef Marchais verfahren ist, den sie zuvor aus einer «Waffenkammer» gestohlen hatte. Die NA käme nie auf die Idee, «friedliebende Braunbären zu gefahren», wie der Direktor des Pariser Zoos die Aktion kommentierte. Die NA ist wenn nicht menschen-, so doch sicher tierliegend.



Handfeste Fehler

Wir haben in der Februar-Nummer einen Leserbrief des «Ropress»-Kollektivs abgedruckt, einem zweiten des «tel»-Kollektivs jedoch selbst Diabweggelassen, weil der Inhalt in etwa derselbe ist. Das «tel»-Kollektiv besteht jedoch auf einem Abdruck.

«Keine (Schaden-)Freude». Kommentator der «konzept»-Redaktion zur geplanzten Fusion, in Nr. 2/80

In eurem Kommentar zur «tel»-Konfusion habt ihr nicht nur «etwas vereinfacht», wie ihr das selber schreibt. Sondern es sind auch ganz handfeste Fehler darin enthalten: «focus» und Ropress sind nicht identisch. Von rund 30 ehemaligen «focus»-Machern sind nur 5 aus der Ropress. Und im «tel» ist die Minderheit noch ausgeprägter. Von 46 Leuten im entscheidenden Heringsverein (fifty-fifty Ex-«LZ» und Ex-«focus» sind nur 4 aus der Ropress. Solche konkreten Netzwerke der Alternativbetriebe finden wir im Gegensatz zu eurer dämonisierenden Darstellung äusserst positiv.

Die Ausführungen über die Kontrolle der Produktionsmittel treffen auch nicht zu. Zunächst einmal: Das wichtigste Produktionsmittel einer Zeitung ist die Redaktion, die Köpfe, die recherchieren, schreiben, redigieren... Hier kann man von einer «focus»-Kontrolle überhaupt nicht sprechen. Die Druckerei des «tel» – ebenfalls sehr wichtig – ist ein normaler Kommerzbetrieb, eine Aktiengesellschaft aus Glattbrugg. Niemand vom «tel» besitzt Aktien oder andere Kontrollmittel über dieses Unternehmen. Es erstaunt uns, dass ihr, die ihr doch beim Monopolebetrieb «Tages-Anzeiger» drucken lässt, bei uns spezielle Produktionsmittelabhängigkeiten vermutet. Auch bei den Finanzvein ist «tel» nur von seinen Lesern abhängig. Wir haben keine anderen Quellen, die irgendeinen Einfluss geltend machen könnten, auch keine Inserenten, die auf die LZ.

Der «tel» ist jetzt nach der Konfusion erst recht kein «Links-Insider-Blatt». Die verbleibenden «tel»-Macher haben sich nie gegen eine offene und widersprüchliche Zeitung gewandt. Gestritten wurde nur über das Wie. Und die ersten Nach-Konfusion-Nummern sind da schon sehr viel überzeugender. Der Leser haben wieder Spass am «tel», wie die Reaktionen zeigen.

Wieso uns Himmels willen habt ihr nicht mit uns gesprochen, bevor ihr diesen Seich ins «konzept» schrieht? Oder habt ihr solche Behauptungen, dass ihr auch die einfachste Journalistenregel vergessen habt, dass man ohne gründliche Recherche und ohne die Angeschossenen persönlich damit zu konfrontieren, keine solchen Kommentare ins Heft bringen sollte? Die «tel»-Macher

Jargon als Markenzeichen?

«Diggelmann wird abgedankt» von Niklaus Meienberg in «das Konzept» in Nr. 1/80

Was hat Meienberg eigentlich noch zu sagen? Ich werde den Verdacht nicht los, seine Artikel würden immer mehr zu schönen Geschichten mit dem Zweck, eine süffige Sprache unter die Leute zu bringen. Wollen Sie, Meienberg, sich mit ihrem Jargon eigentlich ein Markenzeichen schaffen?

Es ist ja schon berechtigt, sich über Beerdigungszereimonien lustig zu machen. Aber erklären Sie doch bitte einmal, was diese mit «bürgerlich oder nichtbürgerlich» zu tun haben sollen? Ist denn der Gesellschaft geholfen, wenn das Begräbnis – wenn möglich auf Grund Ihres Einflusses – zu einem Freudenfest wird?

Hat denn der von Ihnen so heissgeliebte Begriff «konkret» nicht noch etwas mehr zu bieten, als was man in Ihren Artikeln gegenwärtig zu Gesicht bekommt? S. Kilchenmann

Schmutzige Gedanken

«Prinz Charles und Bundesrat Kurt Furgler im Gespräch» in «das Konzept» Nr. 2/80

Ein normal denkender Mensch kommt nicht auf so gemeine, schmutzige Gedanken, denn solche stammen nur aus entsprechender Kinderstube. Die einen lassen sich durch den Psychiater behandeln, und die anderen suchen sich immer wieder ein Opfer. Wie würde wohl ihr aufgedecktes Leben aussehen, wenn es dazu auch so übertrieben und gefälscht verschmutzt würde. Leider sind viele Menschen zu primitiv für die Freiheit. Sehr schade, wir könnten es so gut haben. Ruth Zehnder



Während andere der «NZZ» in der Jubiläumsnummer mit gespreizter Überschwenglichkeit und originell-gediegener Grafik gratulieren (und dabei auf einen kleinen «overspill» [Überschwapp] der angeregten Publicity hoffen), liess die IBM ihre Seite bis auf eine zehntelminütige, als Agenturmeldung aufgemachte Notiz unschuldig weis:

«Die IBM Schweiz möchte zum 200-jährigen Jubiläum der «NZZ» einmal an die Hunderttausende erinnern, die nie in die Zeitung kommen, obschon sie durch täglichen, gewissenhaften Einsatz eigentlich auch wesentlich zum Weltgeschehen beitragen. Also an die zahllosen Wissenschaftler und Techniker, die zwar nicht Erfinder sind, aber Erfindungen für uns nutzbar machen. Also an die vielen Beamten, die zwar keine Regierungserklärungen abgeben, aber dafür sorgen, dass der Regierungsauftrag funktioniert. Also an die Tausende von Arbeitnehmern, die zwar nicht Unternehmenspolitik machen, aber Unternehmenspolitik ermöglichen.»

Warum nicht an alle die Millionen Soldaten, die den Krieg zwar nicht wollen, ihn aber mit dem Einsatz ihres Lebens bezahlen? – Die Liste liess sie verlängern, an Zynismus gegenüber ihren «Sozialpartnern» ist die IBM aber nicht zu überbieten:

«Auch auf dieser Seite bleiben sie unerwähnt. Aber vielleicht einmal nicht ganz unbeachtet, wenn wir symbolisch Platz für sie frei lassen.»

Mehr fiel der IBM zu ihren Arbeituntertanen nicht ein.



«konzept»-Artikel sind keine Eintagsfliegen. Deshalb weisen wir an dieser Stelle auf frühere «konzept»-Beiträge hin, welche Hintergrundinformationen für wichtige aktuelle Fragen bieten. Die Nummern sind bei der Administration gegen 1.80 Fr. in Briefmarken erhältlich. «das Konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

«Freispruch» für Verteidiger

Als «unverhältnismässig» bezeichnete das schweizerische Bundesgericht die von der Bernischen Anwaltskammer ausgefallenen lebenslänglichen Berufsverbote gegen die vier Verteidiger der als «Terroristen» verurteilten Gabriele Kröcher und Christian Möller. Damit hiess es eine staatsrechtliche Beschwerde der vier Anwälte gut. Dies ist aber nur ein bedingter «Freispruch» für die vier Rechtsanwältinnen. Im wesentlichen hiess das Bundesgericht die Argumentation der Bernischen Anwaltskammer gut (vgl. «das Konzept» Nr. 7/8, Juli/August 1979). So teilt es die Ansicht, dass die Durchführung der Pressekonferenzen standeswidrig war, und beanstandet die Presseerklärungen der Verteidiger, die vor allem die ausserordentlichen Haftbedingungen der beiden Angeeschuldigten kritisierten. Mit diesem Urteil wird es für einen Anwalt in Zukunft unmöglich sein, sich in einem laufenden Verfahren in bezug auf die von ihm geführte Verteidigung in der Öffentlichkeit politisch zu äussern. Mit seinem scheinbar liberalen Urteil reagiert das Bundesgericht auf die in der schweizerischen Justizgeschichte bisher einmalige Ausnahmestellung – in bezug auf die Haftbedingungen und das Verfahren – wie die Bernische Anwaltskammer: es versucht einer kritischen Verteidigung von Anfang an einen Riegel zu schieben. Unter dem Titel «Die Verteidigung auf der Strafbank» ist vom Anwaltskollektiv Zürich eine Dokumentation zu den Ereignissen von der Verhaftung der beiden «Terroristen» bis zum erwählten Bundesgerichtsscheid herausgegeben worden. (Zu beziehen bei: Eco-Verlag, Postfach, 8021 Zürich, 5 Franken.)

das Konzept

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Balmer (Bern), Marianne Fehr, Fredi Häni (Bern), Georg Hodler, Ruedi King, Liselotte Suter, Daniel Wiener (Basel). Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz. Telefon 0 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

Redaktionsstelle Bern: Postfach 1351, CH-3001 Bern. Tel. (031) 25 88 05

Redaktionsstelle Basel: D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel, Tel. (061) 22 41 41.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe ist gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das Konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaft, Verband der Studierenden an der ETHZ, Verband Studierender an der Uni Zürich).

Erscheinungsweise: Monatlich an alle Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Abonnemente: pro Jahr 20 Fr. (Ausl. 26 Fr.), PC-Konto 80-37626.

Inserat: Inseratvermittlung «das Konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Tel. 0 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651 l-s-p-mm-Zeile (27 mm) - 68 Fr. Gültiger Tarif Nr. 81

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Zürich

Redaktionschluss: Nr. 4/80: 31. 3. 80
Inseratabschluss: Nr. 4/80: 3. 4. 80

Der Schweizer Beitrag zur atomaren Aufrüstung Argentiniens

Sulzers «saubere» Geschäftspartner

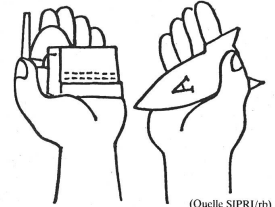
Von unserem Berner Mitarbeiter Ruedi Balmer

Wenn eine Schweizer Firma Atomtechnologie exportieren will – wie im neuesten Fall die Sulzer AG nach Argentinien –, braucht sie eine bundesrätliche Bewilligung. Bedingung dafür ist in erster Linie die Garantie der «friedlichen Nutzung». Wie friedlich allerdings Argentinien (und andere Diktaturen) mit der Atomtechnik umzugehen gedenkt, zeigt unser Bericht. Sulzers Atomtechnikpartner waren Männer Hitlers.

Die Firma Sulzer darf an Argentinien eine Anlage zur Schwerwassertaufbereitung mit einer Kapazität von 250 t jährlich liefern. Eine entsprechende Exportbewilligung der Schweizer Behörden wurde Ende Januar bekannt. Gegen diesen 500-Millionen-Auftrag wollte weder das Eidgenössische Amt für Energie-

Region wird da wohl nicht lange hintanstehen wollen.

Sowohl Brasilien wie Argentinien konnten seit Ende des Zweiten Weltkriegs auf die Arbeit und die Kenntnisse namhafter deutscher Wissenschaftler zählen, die zum Teil schon für Hitler mit der Erfindung der Atombombe bzw. ihrer Herstellung beschäftigt gewesen waren. Im September 1979 enthüllte der Herausgeber der brasilianischen Zeitschrift «Abertura Cultural», Otto Buchsbaum*, wie ehemalige Nazi-Atomforscher durch die Zusammenarbeit mit Brasilien und Argentinien die Kontinuität der deutschen Kernforschung und Atomwaffenentwicklung wahren konnten.



(Quelle SIPRI/rtb)

wirtschaft noch das Departement Aubert etwas einwenden. Für Argentinien ist die Schwerwassertaufbereitung von «nationalen Interesse», wird doch die Militärjunta damit vom Schwerwasserimport aus Kanada unabhängig.

Argentinien gelang dadurch neben Brasilien praktisch in den Besitz des ganzen nuklearen Zyklus, der den Betrieb von Atomkraftwerken ermöglicht – aber auch die Voraussetzungen schafft für die Herstellung von Atombomben. Im Besitz von Reaktor sowie Anlagen zur Uran- und Schwerwassertaufbereitung, können sich die Regierungen in Argentinien und Brasilien, die beide den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet haben, weitgehend internationalen Kontrollen entziehen. Die Entdeckung und Förderung von Uran und Thoriumvorkommen in Brasilien sowie das brasilianisch-irakische Abkommen zum Uranabbau im Irak unterstützen diese Bestrebungen.

Eine Atombombe in der Hand von General Videla oder General Figueredo, das ist mehr als eine erschreckende Vision, das ist in naher Zukunft eine Tatsache. Was den beiden Regimes zum Eintritt in den Klub der Atommächte noch fehlt, sind die zum Bombentransport fähigen Raketen.

Wie konnte es soweit kommen?

Auf dem brasilianischen Raketentestgelände Barreto do Inferno werden seit Sommer 1979 intensive Versuche durchgeführt: Bis 1981 soll eine Rakete fertiggestellt sein, die 300 kg Last auf eine Höhe von 1000 km tragen kann. Der argentinische Partner/Rivale in dieser

sequent verfolgten Projekts, nämlich der Förderung der deutschen Kernforschung (inklusive Entwicklung von Atomwaffen) mit Hilfe von Diktaturen in Lateinamerika sowie unter Umgehung von Atomsperverträgen und Viermächteabkommen, welche der BRD verboten, Atombomben, strategische Raketen und andere Angriffswaffen herzustellen und zu erproben. Dass in den entscheidenden Schaltstellen der deutschen Atomlobby gerade Leute zu finden sind, die schon vor 1945 für Deutschland Atombomben fabrizieren wollten, ist darum ebensowenig ein Zufall wie die Wahl Brasiliens und Argentiniens als Partner.

Sulzer hilft aus der Patsche

Das Ziel der KWU ist es insbesondere auch, auf Brasilien für den billigeren Lizenzbau von Reaktoren für den Export auszuweichen. Abgesehen von den Produktionskosten gibt es dafür zwei politische Gründe: erstens die starke Atomgegenschäft in der BRD und zweitens die Möglichkeit, ohne diplomatische

Schwierigkeiten Nuklearanlagen an beliebige Diktaturen zu liefern.

Im Juli 1979 verhinderten kanadische AKW-Gegner und Gewerkschafter in Saint John die Verladung von schwerem Wasser für den argentinischen Reaktor in Rio Tercero und forderten gleichzeitig die Freilassung von 17 inhaftierten Gewerkschaftern. Diese exemplarische Aktion führte zur Befreiung von 7 Arbeitern aus Videlas Kerkern. Die Anlage zur Schwerwassertaufbereitung, die Sulzer nun liefern soll, befreit die argentinische Diktatur vom Risiko solch lästiger «Störfälle». Die Schweizer Firma «Protégée» der KWU, erscheint den argentinischen Generalen zudem als zuverlässiger Partner als Kanada.

Von diesem Vertrauen wollen auch die Schweizer Behörden gern profitieren. Ihre Exportbewilligung stützt sich auf die schriftliche Zusicherung der Käufer, das produzierte schwere Wasser nur «für friedliche Zwecke» zu nutzen. Ausserdem können alle Exportgeschäfte als Arbeitsplatzbeschaffung ausgegeben werden; und die Schweiz will ja ihren Atomüll nach Argentinien verfrachten. Da wäscht eine Hand die andere. (Allerdings nimmt die Schweiz den Uranlieferboykott der Kanadier weiterhin in Kauf.)

Schon 1976, als der BBC ein Auftrag für Reaktoranlagen in Südafrika durch die Lappen ging, hatte das EPD die Proteste der Anti-Apartheid-Bewegung gegen eine allfällige Bewilligung mit den Argumenten abgetan, es handle sich erstens nicht um «Kriegsmaterial», zweitens liefere Südafrika selber erklärtermassen Uran nur zur «friedlichen Verwendung» und drittens müsse in dieser Rezessionszeit die Exportwirtschaft gestärkt werden – mit vorzüglicher Hochachtung ...

Die Aktion der kanadischen AKW-Gegner zeigt, dass die nukleare Aufrüstung von Diktaturen behindert werden kann. Die Gefahr, die von nuklear bewaffneten Diktaturen ausgeht, kann aber nur durch den Sturz dieser Regimes gebannt werden. In Brasilien gruppieren sich nicht nur Gewerkschaften und die Linke neu, bereits haben auch erste Aktionen zum Thema Umwelt (durch die Gruppe Resistencia Ecologica) stattgefunden. AKW-Gegner, Sozialisten und Antimperialisten in der Schweiz finden hier einen wichtigen Ansatzpunkt zur Solidarität.

* Otto Buchsbaum wird Anfang Mai für eine Veranstaltungstournee in die Schweiz kommen (5. Mai in Bern, 10. Mai in Zürich). Weitere Veranstaltungen zum Thema «Export von Atomtechnologie in Entwicklungsländer» sind von der Gagak geplant, die hierzu demnächst eine Broschüre herausgeben wird.

Technologie für Atomwaffen?

Auf diese Wissenschaftler (vgl. Kasten) konnte 1955 der erste Atomminister der BRD, F. J. Strauss, bauen, und er lohnte es ihnen mit leitenden Posten in der entstehenden deutschen Atomlobby. In der Deutschen Atomkommission sammelten sich vor allem die in verschiedenen Firmen, Universitäten und Exilländern tätigen Ex-Nazi-Wissenschaftler. Von dort aus liefen die Fäden zu den Kernforschungszentren in Karlsruhe und Jülich, zu Hoechst, Siemens und der später gegründeten KWU (Kraftwerkunion). Die Entwicklung der Kernenergie in der BRD erfolgte weitgehend in Zusammenarbeit mit Brasilien und, weniger intensiv, mit Argentinien:

- Ronald Richters Atomlaboratorium Bariloche (Argentinien, gegründet 1945)
- geheime Herstellung einer ersten Zentrifuge zur Urananreicherung für Brasilien (1953) durch die Forscher Harteck, Groth und Bayerle
- Bau eines ersten Schwerwasserreaktors in Argentinien
- deutsch-brasilianisches «Rahmenabkommen über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit» (1969) mit den Schwerpunkten Kern- und Weltraumforschung
- deutsch-brasilianischer Atomvertrag (1975), der die Lieferung von 8 Reaktoren des Typs Biblis, Urananreicherungs- und -wiederaufbereitungsanlage enthält, sowie gemeinsame Uranförderung in Brasilien
- Bau des Reaktors Atucha II in Argentinien
- systematische Zusammenarbeit zwischen KWU und der brasilianischen Nuclebras auch auf internationaler Ebene

Dies sind die Hauptstationen eines kon-



Die russische Friedenstaube

Marital Leiter

Von Prag nach Kabul

Von Rudolf Bahro*

Seinerzeit habe ich gedacht und auch geschrieben, die militärische Polizeizustellung gegen die Prager Reform sei das grösste Verbrechen der Sowjetführer seit dem Zweiten Weltkrieg gewesen. Das ist jetzt nur noch soweit richtig: Wenn wir damals durchgekommen wären, in Prag, und dann auch in Warschau, gar in Berlin, Hauptstadt der DDR, und wenn es dann in Moskau wenigstens eine Spur der Anpassung an eine solche neue Realität in der westeuropäischen Peripherie gegeben hätte – dann gäbe es jetzt nicht den Einmarsch in Afghanistan. Was auch immer sich der Rat der Ältesten im Kreml dabei gedacht haben mag: Das ist ein Verbrechen gegen den Frieden weit über Afghanistan hinaus, weit über die Stunde von Kabul hinaus. Das ist ein Verbrechen gegen Entspannung und Abrüstung. Das stellt die Niederwerfung des Prager Frühlings in den Schatten. Das ubertreibt auch Dengs unverschämte «Lektion» für Vietnam.

Damals, 1968, hatte der schamlose Bruch des Völkerrechts eine für die ganze Weltöffentlichkeit einsehbar defensive Motivation. Die Novotny's in allen Ländern des sowjetischen Blocks zitterten um ihre Machtpositionen, erschrocken bis ins Mark und bis ins Moskauer Zentrum. Indem sie deshalb schon seit dem Frühjahr 1968 ihre militärischen Muskeln spielen liessen, erzeugten sie selbst jene Stimmung in der Tschechoslowakei, die später zum Ausschneiden des Landes aus dem Warschauer Pakt hätte führen können. Immerhin war das Land ein angestammtes Mitglied der «so-

zialistischen Gemeinschaft». Es wies, bei allen Unterschieden, dieselbe soziale und politische Grundstruktur auf. Die Sowjetunion hatte hier – vor dem Hintergrund ihrer Opfer für die Befreiung der Tschechoslowakei im Kampf gegen Hitler-Deutschland – etwas zu verlieren. Deshalb hat die Intervention von 1968 zwar – und das bleibt von keinem andern Standpunkt so unverzeihlich wie von unserem – eine Hoffnung aller Demokraten und Sozialisten zerschlagen. Aber wenigstens direkt den Frieden und das Überleben gefährdet hat sie nicht.

Alle Schicksalsfragen der Menschheit hängen an Frieden, Entspannung und Abrüstung. Jetzt zeigt uns die Intervention in Afghanistan, dass diese Werte und Ziele nicht an erster Stelle der sowjetischen Aspirationen stehen, dass man bereit ist, Mittel anzuwenden, die diesen Werten und Zielen demonstrativ ins Gesicht schlagen. Diese Aktion kann keine andere Folge haben, als die Psychologie des Wettübens in aller Welt zu nähren. Sie greift treibend in den verhängnisvollen Prozess ein, in dem in verhältnismässig kürzester Frist die Lebensgrundlagen der Menschengattung auf dieser Erde vernichtet werden.

Afghanistan kann das Vietnamabenteuer einer sowjetischen Führung werden, die

so unverhüllt wie niemals zuvor das Gesicht des Grossmachtchauvinismus, des bürokratischen Imperialismus zeigt. Und äusserst bedenklich: Diese Leute leben in ihrer Isolation vom eigenen Volk so wenig in der Welt, wie sie jetzt wirklich ist, dass sie aufrichtig vor dem Spiegel erschrecken, in dem sie sich wiedererkennen müssen. Sie fühlen sich allen Ernstes unverstanden. Ich würde glauben, wenn man mir erzählte, dass dort wieder irgendeiner heult. Dabei ist alles darauf angelegt, den Rest an Vertrauen zu zerstören, das sich an das nichtkapitalistische Fundament, an den objektiven Auftrag der Sowjetunion klammert, dem Aufstieg der Unterentwickelten die Dekung zu bieten.

Im Sommer 1968 haben wir gehofft, sie würden es nicht wagen; für unwahrscheinlich gehalten haben wir ihren Einmarsch nicht – aus den angeführten Gründen. Afghanistan nun dürfen wir zwar schon nicht mehr für unmöglich halten. Aber für wahrscheinlich halten mussten wir es nicht. Wir wurden eines Schlimmeren belehrt. Es ist, als wollte das Moskauer Politbüro den Chinesen und dem Herrn Strauss bestaunen: Ihr habt uns richtig gesehen. Diese in summa viel zu alten Männer im Kreml mussten wissen, dass ihre Aktion das Klima für Entspannung und Rüstungsbegrenzung zerstört, dass sie der Rüstungslobby der anderen Seite schlagende Argumente für den freilich sowieso geplanten Einstieg in die nächste Runde Wettübens liefert. Sie mussten wissen, dass sie dem freilich schon ebenso bereitwilligen Aufmarschplan der anderen Seite für die «Sicherung der Ölquellen» die letzte Weihe geben. Aber es ist offensichtlich: Sie rechnen nicht einmal mehr am Rande mit dem psychologischen Faktor einer tendenziell doch deutlich progressiven

*Rudolf Bahro hielt Mitte Februar in Bern, Basel und Zürich Vorträge über seine sozialistische Perspektive bei und mit den Grünen. «das Konzept» wird auf diese Frage zurückkommen. Die Diskussion über Bahros Thesen und über seine Bedeutung im Westen führten wir in den Nrn. 1, 4 und 5/79. Die hier abgedruckte Kritik Bahros am Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan überliess er uns freundlicherweise zur Erstveröffentlichung.

Antonin Novotny war Staatspräsident der CSSR bis 1968, als er von Dubček abgelöst wurde. Die Red.

Das Comeback von Hitlers Atomforschern

Am 10. August 1944 trafen sich im Hotel «Maison Rouge» im besetzten Strassburg Industrie- und Forschungskader des Dritten Reiches, um zu beraten, wie die Atom- und Raketenforschung und die daran beteiligten Persönlichkeiten «für Deutschland» gerettet werden könnten. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass Hitler den Krieg verlieren würde. Die atomare «Geheimwaffe» konnte nicht mehr «rechtzeitig» produziert werden, nachdem die Schwerwasserfabrik Norsk Hydro bombardiert und ein Schiff mit den restlichen Lagerbeständen von den Alliierten versenkt worden war.

Mehr als 500 Millionen Dollar wurden aus SS-Beständen lockergemacht, um das Exil der prominenten Nazis und die Kontinuität ihrer Arbeit sicherzustellen. Dieser «weissen» Voraussicht ist es zu verdanken, dass Franz Josef Strauss 1955 als Atomminister diese Leute nur zu rufen brauchte, als er das Kader für die Entwicklung der deutschen Kernenergie zusammenstellte. Diese Nazi-Wissenschaftler und -Betriebsführer legten zusammen mit Strauss den Grundstein für die deutsche Atomlobby: Karl Winnacker, Karl Wirtz, Ernst Groth, Erich Bagge, Konrad Bayerle, Alfred Boettcher, Walther Schnurr, Paul Harteck, Roland Richter, Rudolf Greifeld. Die meisten von ihnen setzten schon bald nach Kriegsende ihre Karriere in der BRD, Argentinien oder Brasilien fort.

Zum Beispiel:

Alfred Boettcher: vor 1945 Direktor der Degussa, welche Brennelemente für deutsche Reaktoren herstellt und modifiziert, Obersturmbannführer SS, wegen seiner Tätigkeit als SS-Kommandant in Leiden (Holland) 1949 zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Danach wieder Degussa-Generaldirektor.

vor 1960-66 wissenschaftlicher Direktor des Kernforschungszentrums Jülich, Mitglied der Deutschen Atomkommission, Redaktor der Springer-Zeitschrift «Nukleonik», Leiter der Personalabteilung der Deutsch-Südafrikanischen und der Deutsch-Brasilianischen Zusammenarbeit im Bereich Kerntechnik.

Wilhelm Groth: vor 1945 zunächst Mitarbeiter an Isotopentrennungsprozessen bei der IG Farben (berühmt für ihre skrupellose Verwendung von Kriegsgefangenen bzw. Zwangsarbeitern), ab 1939 Politischer Leiter der NSDAP, Mitarbeiter beim Heereswaffenamt am Projekt Atombombe. Nach dem Krieg im Kernforschungszentrum Jülich beschäftigt sowie Direktor des Instituts für Physik und Chemie der Universität Bonn, Mitglied des Verwaltungsrats des Deutschen Atomforums und der Deutschen Atomkommission.

Erich Bagge: an der Atomwaffenforschung für das Dritte Reich beschäftigt; noch 1957 in seinem Buch «Von der Ursprungsbis Calder Hall» bezeugt er, dass die Atombombe nicht hatten bauen können. Nach dem Krieg Mitglied der Deutschen Atomkommission und Leiter des Instituts für reine und angewandte Kernphysik der Universität Kiel.

Walther Schnurr: Waffenspezialist bei IG Farben, setzt sich nach Argentinien ab, von wo er 1955 von Strauss ins Atomministerium gerufen wird. 1956-70 wissenschaftlicher Direktor des Kernforschungszentrums der Karlsruhe. Danach Leiter des mit Jülich und Karlsruhe verbundenen Internationalen Bureaus. Er vermittelt den Bau des Atucha-Reaktors in Argentinien und den Verkauf von zwei Wiederaufbereitungsanlagen.

Frauen und Militär

Emanzipation – das gleiche Recht, Henker zu werden?

Von Peggy Parnass

Frauen wie ich haben gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr gekämpft. Wir haben viele Jahre gekämpft, und auch wenn dieser Kampf vergeblich war, so war er doch nicht überflüssig. Mich hat er – wie viele andere auch – unterscheiden gelehrt zwischen den einen und den anderen Deutschen, zwischen den Sabblern, den Opportunisten, die den Pazifisten spielten und schon die ersten Waffengeschäfte anleierten, und denen, die aus deutscher Vergangenheit gelernt hatten.

Es kam dann, als wir unseren Kampf längst verloren hatten und die Bundesrepublik auf dem Weg war, die grösste Militärmacht Europas zu werden, eine Zeit, in der so untadelige Männer wie Gustav Heinemann und auch Willy Brandt geschickt zur Tarnung für weitere Aufrüstung benutzt wurden. Zwei noble, friedliche Männer als Visitenkarte für ein unfriedliches Unternehmen.

Ich bin eine Frau, und die Leute, an die ich mich jetzt wende, sind Frauen. Ich bin ein Kämpfer, und die Frauen, an die ich mich wende, sprechen vom Kampf. Ich möchte Fortschritt, Befreiung. Die Frauen, an die ich mich wende, reden auch von Fortschritt und Befreiung. Ich bin für Gleichberechtigung wie sie. Sind wir uns also einig?

«Sind die Frauen eigentlich verrückt geworden, dass sie an etwas beteiligt werden wollen, das es abzuschaffen gilt?»

Die Frauen, an die ich mich wende, meinen, dass sie die Gleichberechtigung dadurch erkämpfen müssen, dass sie den Frauen Zugang zur Bundeswehr verschaffen. Ich will eine Gleichberechtigung, die den Männern den Zugang zur Bundeswehr versperrt.

Sind die Frauen eigentlich verrückt geworden, dass sie an etwas beteiligt werden wollen, das es abzuschaffen gilt? Es gibt linke Feministinnen, die mir sagen, sie würden natürlich den Wehrdienst verweigern, aber sie müssten sich erst einmal die Freiheit zu dieser Entscheidung erkämpfen. Aber wenn ihr schon so aufgewacht seid, dass ihr für das bisschen Leben, das ihr habt, kämpfen wollt, dann kämpft an der richtigen Stelle: gegen den Rüstungs- und Militärwahnsinn überhaupt. Oder ist es feministische Logik, sich den freien Zugang zu allen «Berufen» zu erstreiten, egal wie unmenschlich sie sind? Soll die Frauenbewegung vielleicht in den USA und das weibliche Recht kämpfen, Henker zu werden?

«Frauen sind nicht humaner als Männer, und solche, die beim Militär Karriere machen würden, schon gar nicht.»

Andere Frauen versuchen mir einzureden, dass die Bundeswehr durch weibliche Soldaten humanisiert würde. Aber Frauen sind nicht humaner als Männer, und solche, die beim Militär Karriere machen würden, schon gar nicht. Ja, wenn da lauter linke Frauen in die Bundeswehr gingen, um den Laden zu sprengen – dann wäre ich auch dabei. Doch das ist eine Illusion. Trotzdem, dazu würde ich auch allen Männern in der Welt raten.

Wozu Frauen, und zwar der Typ Frauen, die in sogenannten Ordnungskräften Kommandoposten anstreben und erreichen, fähig sind, haben wir an der KZ-Kommandantin Ilse Koch und vielen ihrer Kolleginnen erlebt. Und sie waren die einzigen, die aus ihrer Macht über andere Lust zogen. Schleifen, schikanieren, zusammenschneiden, quälen, töten – das ist nicht nur männlich. Hinter jedem starken Mann stand schon immer eine Frau, eine Kriegsbraut, eine Heldenmut-

ter, die jeden Pazifisten als Memme verachte und verachtete.

Einige Frauen sagen, sie wollten teilhaben an den riesigen Mitteln, die der Bundeswehr für Ausbildung, auch Ausbildung in zivilen Berufen, zur Verfügung stehen. Dann sollen sie doch, verdammt noch mal, dafür kämpfen, das man nicht zum Töten, genauer: zum Morden sich abrichten lassen muss, um zu einer vernünftigen Ausbildung zu kommen. Aber das ist wohl kein «feministisches» Thema, keins, mit dem man

Job als Pastorin erkämpfen – wie ich neulich hörte –, nicht mehr, um die Waffen zu segnen, sondern nur noch, um den staatlichen Mördern psychischen Beistand zu leisten, bevor sie zuschlagen. Man kann auch in die Verwaltung gehen, damit der Massenmord seine Ordnung hat. Dies alles nicht zu tun, würde ich von jedem dieser Erde verlangen.

Ich habe in den letzten Jahren viele der Frauen, an die ich mich hier wende, schätzengeliebt, mit einigen von ihnen bin ich befreundet – bewusste Frauen,



«Gibt es etwas obszöneres als diese Bilder von hübschen, adretten und strahlenden jungen Frauen in Uniform?»

überall so auf die Titelseiten der Illustrierten kommt wie mit dem Reisser «Frauen in der Bundeswehr».

«Das ist überhaupt das Ekelhafteste an dieser ekelhaften Diskussion, dass sie als Mode betrieben wird.»

Das ist überhaupt das Ekelhafteste an dieser ekelhaften Diskussion, dass sie als Mode betrieben wird. Die sensiblen Couturiers haben das gleich mitgekriegt und den weiblichen «military look» kreiert – mit Schifflchen auf dem Kopf und Schulterklappen und Tressen und Winkeln. Frauen, die «in» sein wollen, tragen das – und werden dadurch die Damen auf, die es an die Waffen drängt.

Die meisten würden mir jetzt sagen, wieso, man muss ja nicht gleich an die Waffen. Man kann doch eine Führungsposition haben, ohne selber schiessen zu müssen. Na und, sag' ich, man kann auch Köchin da werden, um die Soldaten bei Kräften zu halten. Man kann da Arztin werden, um die selbstverschuldeten Wunden zu heilen. Man kann sich den

Frauen, die ihre Männer überundet haben, mit ihrem Mut, mit ihrer Intelligenz, mit ihrem Durchhaltevermögen, mit ihrer Kraft und ihrem Einsatzwillen. Ich fühle mich beleidigt, wenn unter anderem auch einige dieser Frauen, die doch politische Menschen sein wollen, andere Frauen in den Kampf für die weibliche Soldatin führen, Scharen von jungen Mädchen, Verkäuferinnen, Stenotypistinnen, Friseurinnen, Arbeiterinnen, die auf Aufklärung angewiesen sind und die sich möglicherweise ganz auf diese klugen Frauen verlassen. – Das ist Unzucht mit Abhängigen.

«In den US-Streitkräften, wo es ja weibliche Soldaten gibt, ist Liebe strengstens verboten.»

Gibt es überhaupt etwas Obszöneres als diese Bilder von hübschen, adretten, strahlenden jungen Frauen in Uniform? Als das «Spiegel»-Titelbild eines attraktiv geschminkten Mannequins mit Stahlhelm, das liegend aufgestützt mit zugekniffenem Auge über Kämme und Korn visiert? Frisch onduliert zum Menschenmord? Solche Bilder könnten die Vision verdrängen, wie sich die emanzipierten Damen aller Länder gegenseitig die strahlenden Augen und das fröhliche Lächeln wegwehnen. Denn die Kriegstreiber und Ausbeuter bekommen sie doch nicht vor die Flinte.

In den US-Streitkräften, wo es ja weibliche Soldaten gibt, ist Liebe strengstens verboten. Logo! Liebe hat in diesem Geschäft wirklich nichts zu suchen.

Vielleicht meint mancher lächelnd, dass ich als Pazifist nicht zuständig bin für dieses weltweite Thema. Ich finde gerade. Doch wenn es jemanden tröstet – auch mein Pazifismus kennt Grenzen. Ich wäre dafür, alle Wunderwaffen auf ihre Wirksamkeit an ihren Herstellern und Auftraggebern auszuprobieren. ●



Frauen in der Schweizer Armee

«Dem Lande nützen und tausend Dinge lernen»

«Durch jede Frau im Militär wird ein Soldat frei für die Front» heisst auch in der Schweiz ein geflügeltes Patriotenwort. 1957 fand die erste grosse Auseinandersetzung um die Dienstpflicht der Frauen statt. Mitten im Kalten Krieg wollte man den Nachschub des Menschenmaterials sicherstellen. Anfang der siebziger Jahre dann, als den Schweizer Frauen das Stimmrecht geschenkt wurde, zerbrach man sich im EMD – dort machte man gar 60 000 Franken für einen dann allerdings unbrauchbaren Fragebogen zum Thema Frauenarbeit locker – und beim Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF), der Dachorganisation der Frauenverbände, den Kopf, wie die Frauen unter dem Motto «Gleiche Rechte – gleiche Pflichten» für die Armee zu motivieren wären.

«Die Frau ist in allen Gebieten des öffentlichen Lebens integriert, arbeitet aktiv im Staat mit, nur in der Sparte der Gesamtverteidigung steht sie weitgehend abseits. Wären ihr dortiger Einsatz und das Mittragen von Verantwortung nicht die logische Folge einer Evolution? So umgebogen wird die «Natur der Frau» diesmal nicht von den Militärköpfen; die Mitschwernern vom BSF selbst haben letztes Jahr einen entsprechenden Fragebogen verschickt, in dem sie neu an die alten weiblichen Instinkte appellierten. «Aufgabe der Männer als Soldaten wird die bewaffnete Abwehr sein, Aufgabe der Frauen der Schutz und die Rettung der Angehörigen, der Nächsten, der Hilfsbedürftigen.»

Die Bemühungen um den Einzug der Frauen in die Armee werden in nächster Zeit kaum abnehmen. Das EMD wird sicher das eine oder andere Modell zur «Einführung der allgemeinen Dienstpflicht der Frauen» aus der Schublade ziehen, um dem militärischen Pillenknicke der neunziger Jahre vorzubeugen. Und die Frauen werden vermutlich vermehrt Dienst am Vaterland tun, weniger aus feministischen Motiven denn aus dem gut schweizerischen Pflichtbewusstsein, aus dem heraus sie hierzulande bis auf den heutigen Tag zu tieferen Löhnen arbeiten, daheim bleiben, sobald ein Kind oder der Konjunkturreinbruch kommt, und sich im Ehevertrag dem Familienoberhaupt unterwerfen erklären. Als Emanzipationsfeld wäre meiner Meinung nach der eine oder andere der soeben genannten Bereiche der Armee vorzuziehen.

Liselotte Suter

das konzept Tip

Frauen und Militär

Mit dieser Thematik beschäftigen sich der «Frauen-virus» (Okt. 1979) sowie eine Broschüre des Schweizerischen Friedensrats, die weitere aktuelle Beiträge zu Frauen und Militarismus bringt.

Broschüre und «Frauen-virus» sind für je 2 Franken zu beziehen bei: SFK, Postfach 3185, 8003 Zürich. In die «virus»-Frauengruppe werden übrigens noch Frauen gesucht. Tel. (01) 242 22 93.

Das Dokument: «Keine Linken (SP, PdA, POCH) wählen»

Aus der Küche eines Zinkers

A handwritten letter on a piece of paper with a grid pattern. The text is written in black ink and discusses political views, specifically mentioning the Swiss People's Party (SVP) and the Swiss National Party (SNP). The letter is signed 'Hotm Zink' and dated '8046 Zürich, 20. Februar 1980'. It includes a list of five questions addressed to the Federal Council regarding the role of women in the Swiss Army and the political stance of the SVP. The letter is addressed to 'Hotm Zink' at 'Kdt Füs Kp III/52'.

A subscription form for 'das konzept'. It includes the title 'Boycottieren Sie von uns aus, was Sie wollen. Nur nicht das konzept' and a list of subscription options with prices. There are fields for 'Name, Vorname', 'Adresse', 'PLZ, Ort', and 'Datum'. A note at the bottom says 'Talon einsenden an: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich'.

SDZ

GELDMANGEL?

Dann erst recht zu der Stud. Druckzentrale für Ihre Kopien und Drucksachen. Lassen Sie sich von unseren Preisen überraschen. Ein Versuch lohnt sich bestimmt!

Stud. Druckzentrale, Nelkenstr. 7, 8006 Zürich, Tel 26 01 31

das Konzept hilft verhüten

unerwünschte Schwangerschaften und, wenn es nicht mehr anders geht, unerwünschte Kinder. Soeben hat «das Konzept» die Liste der Ärzte, die Verhütungsmittel liberal handhaben, neu überarbeitet. Auch in das Merkblatt zum Schwangerschaftsabbruch haben wir wieder mehr Informationen zu Kliniken und Ärzten im In- und Ausland aufgenommen, darunter auch Rückmeldungen von Frauen, die mit unserer Dienstleistung etwas anfangen konnten. Sie erhalten die Liste auf Anfrage gratis (bitte frankiertes Antwortcouvert belegen!).
Neu bearbeitet Februar 80

Die «Zeitbühne» spielt in der Roten Fabrik

DIE GRENZE DER DRESSIERBARKEIT DER HUNDE IST NOCH NICHT ERREICHT

von Erich Liebi nach einer Erzählung von Kafka

Mit Daniel Plancherel in 10 Hunderollen

Premiere: 21. März, 20.30 h, anschl. Frühlingsfest

Vorstellungen: 22.-30. März, 20.30 h Abendkasse/Beizenbetrieb ab 19 h

Wir suchen für unsere Kindergruppe im Frühling noch einige ca. 5 bis 6jährige Meitli und/oder Buebe.

Wer sind wir: Die Kinder- und Elterngruppe vom Verein freier Kindergarten Luggwegstrasse.
Wo: An der Luggwegstrasse 118 in 8048 Zürich-Altstetten, Tel. (01) 64 29 49 (8-17 Uhr).

Wen's interessiert, soll doch anrufen!

Composersatz

Schreibservice zu alternativen Preisen

Helga Ruckstuhl-Riedhammer
8581 Schocherswil,
(071) 67 53 04



Sofort zugreifen:

U.S. Army-Schlafsack
Fabrikneu, wasserdicht, sehr dick gefüttert, waschbar. Nie mehr kalt haben, ideal für Übernachtungen im Freien. 3,5 kg schwer, 230 cm lang. Spitzenprodukt zu Schlagpreisen.



89 Fr.

Brutto
zuzüglich 6 Fr. Versandspesen. Passende Traghülle dazu (fakultativ): 10 Fr. Sofortversand mit Einzahlungsschein. Rückgaberecht.

Studentenrabatt (mit Legi oder Photokopie davon): 10%

Bestellen oder Prospekt anfordern.

NICOLAS MOJON & CO. AG
Bethlehemstr. 114, 3018 Bern
Tel. ☎ (031) 55 33 66

Weiterhin führen wir u.a. folgende Artikel: über 30 Schlafsackmodelle, 40 verschiedene Jacken- und Lumbertypen, Army-Handen, Seesäcke, Winterfäustlinge, Lederstiefel und viele andere praktische Armee-Gebrauchsgegenstände.

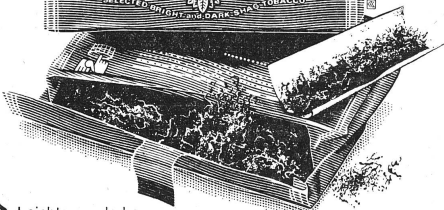
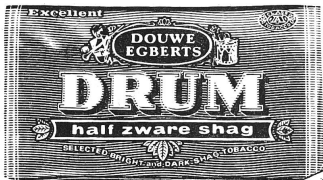
Schrift-SATZ: Kosten-Barriere durchbrochen!

Bisher konnten sich nur die ganz Chichen SATZ wirklich leisten.

So haben wir den SATZ populär* gemacht: wir schröpfen keinen Mehrwert...

Arbeitsgruppe
COMPOSER-SATZ, Tel. 01/26 92 89
*populär = für alle erschwinglich.
Beispiel: 1 A4-Seite = ca. Fr. 15.-

Mach dini Cigarette sälber.



Oettinger Imex AG



Leichter zu drehen, da langfaserig geschritten. Immer frisch, da doppelt verpackt.

SINDBAD

der neue

Sommerprospekt ist da

mit Billigflügen Abenteuerreisen Trekkings etc.

Travel Hit:

Flug Athen ret. ab

490.-

+ Griechenland-Baukasten

jetzt anfordern bei

SINDBAD Reiseforum

Schoffelgasse 3

8001 Zürich

(01) 32 22 50,
neu 251 22 50

Keine Angst vor tiefen Preisen!

Dissertationen

INBEGRIFFEN: Verkleinerung von A 4 auf A 5, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Binden.

Seitenzahl	Exemplare				
	50	100	150	200	250
70	359	462	535	650	765
100	449	594	682	824	966
150	599	814	927	1114	1301
200	749	1034	1172	1404	1636
250	899	1254	1417	1694	1971

Garantierte Lieferfrist: 2 - 4 Wochen

ADAG
ADMINISTRATION & DRUCK AG

COPY-CENTER

Sonneggstrasse 25 - 8006 Zürich - Telefon 01/47 35 54

das Konzept - Sonderangebote

Alle die folgenden Artikel können bestellt werden bei der Redaktion «das Konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Anzahl Artikel	Inhalt	Preis inkl. Porto + Verpack.
...	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972-78	9.20
...	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1978	3.20
...	Schulspiel (aus Nr. 676), dreifarbig, A 2, gefalzt	4.20
...	starkes Papier, (ab 5 Stück 3.-) ungefalzt in Rolle	5.50
...	Arbeitslos-Spiel (aus Nr. 176), einfarbig, gefalzt	2.20
...	A 2, starkes Papier (ab 5 St. 1.-) ungefalzt in Rolle	3.50
...	Sonderdruck «Nukleare Aufrüstung»	1.40
...	Alte «das Konzept»-Jahrgänge, pro Jahrgang	12.-
...	Poster «Unser Strauss» ungefalzt in Rolle	4.-
...	(aus Nr. 178) gefalzt	2.40
...	Poster «Gefangener der Freiheit» ungefalzt in Rolle	4.-
...	(aus Nr. 478) gefalzt	2.40
...	Poster «Gesellschafts-Schichten (aus Nr. 679) ungefalzt	7.20
...	Poster «NZZ-Jubiläum» (aus Nr. 2/80) ungefalzt	6.-
...	Mai-Zitig 1978, «10 Jahre nach 68»	2.40
...	Mai-Zitig 1979, «Finanzplatz Schweiz»	2.40
...	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» I (Jan 78)	1.40
...	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» II (Jan 79)	1.40
...	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» III (Jan 80)	1.40
...	Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz» I (Okt 78)	1.40
...	Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz» II (Okt 79)	1.40
...	Sonderdruck des Artikels von Jürg Weibel aus Nr. 678	1.40
...	Adressliste der Alternativmedien (Mai 79 neu)	1.40

Zahlungsmodus

- Ich überweise gleichzeitig mit dem Absenden dieses Talons den entsprechenden Betrag auf das PC-Konto 80-37826, «das Konzept», Zürich (Verwendungszweck bitte auf der Rückseite des Abschnittes vermerken)
- Ich lege den entsprechenden Betrag in Briefmarken bei
- Ich lege den entsprechenden Betrag in Banknoten bei.

(*Zutreffendes ankreuzen)

Name, Adresse

Raus aus dem Trott!

her mit der TAZ!

- Aber schnell! Schickt mir das kostenlose Probeabo! Für 1 Woche zum Kennenlernen. So bunt, so rot, so gut.
- Druckfrisch auf den Gabentisch... Als Geschenkabo. Für die, die ich mag. Oder auch nicht.

Ich bin:

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Lieferanschrift:

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Den Betrag von DM 20/59/110/210 für das TAZ-Abonnement für 1 Monat (12 Juni - 12 Juli) 1 Jahr (12 Juni - 12 Juli) auf das Postkonto BIK-W 1608-102 Verlag die Tageszeitung GmbH überweisen + lege als Schick diesen Bestellbogen bei (nachdem du dir das Abonnement bestellt hast).

ich weiß, daß es nach Geldgang geht aber...
die Tageszeitung
Wattstr. 11-12 1000 Berlin 65

«Grün 80» Alibischau für Umweltgeschädigte

«Zwingt Grau raus»

Von Daniel Wiener

Nach Jahren der Umweltzerstörung durch Autobahnen und Chemie dürfen die Basler dieses Jahr aufatmen: Vor den Toren ihrer Stadt inszenieren eine philanthropische Stiftung, die Migros und der schweizerische Gärtnermeisterverband eine Naturschau, die alle Sehnsüchte der geplagten Stadtbewohner erfüllt: Drei Millionen Besucher sollen sich an der verlogenen Idylle von Blümlin, Seelein und Entlein ergötzen, die ihnen in Form einer Gartenbau-Ausstellung vor die Nase gesetzt wird. Wo Basel noch grün war, wurde die «Grün 80» gebaut.

Bis vor zwei Jahren lagen auf der Brüglinger Ebene vor den Toren Basels einige Sportplätze und ein grosser Bauernhof. Heute ist der Bauernhof auf wenige Aren zusammengeschrumpft, die Kühe weiden anderswo, und das Gelände ist mit einem hohen Zaun umgeben. Auf 46 Hektaren breitet sich die «Grün 80» aus. Erdwälle verbergen die Autobahnen und

tur GKG, Markus Kutter. Er plante eine riesige Okoschau unter Beteiligung der ganzen Industrie; mit Flugzeugen wollte er Wüstensand aus Rheinknie fliegen, um ein Sahara-Biotop neben einen Dschungel, einen mittelalterlichen Heilkräutergarten neben eine riesige Kunstpflanzenschau zu plazieren. Kutters grossbürgerlicher Gigantismus wurde den spießigen Gärtnermeistern unheimlich, und Direktor Meier befürchtete offenbar, der clevere Kutter könnte ihm die Schau stehlen. Kutter wurde schliesslich vom Organisationskomitee entlassen, das er selbst zusammengestellt hatte, weil sich der Gärtnermeisterverband unter den lokalen Grössen zuwenig auskannte. Übrig geblieben ist eine «Grün 80» im Taschenbuchformat.

Das einzige Unternehmen, das mit namhaften Beträgen die «Grün 80» unterstützt, ist ausgerechnet die Migros. Auch dieser Kontakt stammt noch aus der Kutter-Zeit. M-Chef Pierre Arnold witterte sofort die Chance, in Brüglingen eine Basler Variante des Rüschiikoners «Park im Grüene» mit M-Restaurant



Basler Unlust an der «Grün 80» als Faschachtelma: Durch die abblätternde geblümte Tapete des Jahres 1980 bricht grau, schielend, kotzend und weinend der «Lällekeenig», Basels Wahrzeichen, hervor. «Grau 81» – oder die Rückkehr zum Alltag.

und Parkplätzen zu «stiften». Diese Beteiligung an der prestigeträchtigen Naturschau wird Arnold nicht zuletzt im Kampf gegen die interne Opposition «Migros-Frühling» ausnützen. Sie wird als Beweis für die umweltfreundliche Politik seines Konzerns erhalten müssen. Weitere Nutzniesser der «Grün 80» werden Hotellerie und Gastgewerbe sein: 25 000 Besucher werden pro Tag erwartet.

allein ist Vergnügen nicht mehr herstellbar, Phantasieländer und -figuren werden wichtiger. Die Besucher sind nicht mehr bloss Zuschauer, sondern werden zu Akteuren, klettern zum Beispiel mit roten Socken und Rucksäcken im Matterhorn rum. Polaroid gibt einen Walt-Disney-World-Guide heraus: «Here's your chance to star in your own Walt Disney World instant movie.» Was Disneys Welt für uns so unerträglich macht und sie auch von alten Vergnügen unterscheidet: die Welt ist sauber und nett geworden, Katastrophen und Gewalt kommen nur noch in den Nachrichten als harte Tatsachen vor.

Die «Grün 80» entspricht dem neuen Vergnügungsparkmodell: Vom traditionellen Arsenal sind zwar noch Achterbahn, Pirat, «Rössli» und Alpenblitz (Berg-und-Tal-Bahn) zu finden, aber lediglich am Rand des Geländes. Was hat die Lunaparks und Traumländer ersetzt? Grün und Enten.

Lust an der «reinen» Natur

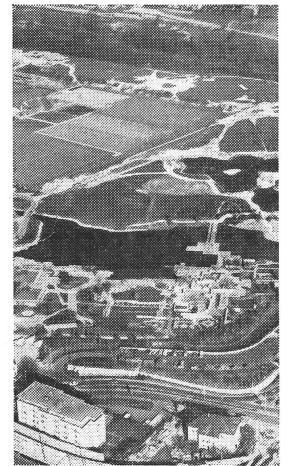
Die Weltausstellungen und Messen der Jahrhundertwende lebten von der Bewunderung der Technik, welche von der Wirtschaft, dem massgebenden Bürgerum in rasender Eile fortentwickelt wurde. Heute ist die Technik zum Alltag und oft zum Alptraum geworden, faszinieren kann nur noch reine Natur, wenn auch vom Menschen aufbereitet. Selbst Belehrendes wird vernüchlich. (Die ganze «G 80» ist reine Pädagogik: von der Aufteilung des Geländes nach inhaltli-

chen Sektoren statt ästhetischen Kriterien über den Sektor «Grüne Universität» bis zum Bioburger.) Der entlassene «G 80»-Chef Markus Kutter hatte in seinem Konzept das Naturvergnügen viel weiter ausgebaut: Die Besucher sollten sich in einem künstlichen Naturhaus (mit hyperrealistisch bemalten Wänden, Blumen, Tieren, Menschen aus Plastik, Spiegeln und Deodüften), einem Urwald mit Dinosaurier und anderen zoologischen Merkwürdigkeiten, einem Hexenhaus von Sergius Golowin mit käuflichen Alraunen und Stechpflanzeln, einem Gulliverland (alles in Kindergrösse, Erwachsene nur in Kinderbegleitung zugelassen), einem Hecken- oder Rosenlabyrinth, einer Palmendisco mit offener Terrasse bewegen.

Freude an den Blümlin

Kutters Idee war gewesen, zusätzlich zum banalen Grün und zu Belehrendem einen natürlichen Lunapark zu schaffen, ein positiv dialektisches Verhältnis von Mensch und Natur vernünftig sichtbar zu machen. (Die vielen Barockelemente dabei sind kein Zufall: Der Barock schuf eine einmalige Verschmelzung von Natur und gebauter Umwelt, setzte nicht einfach reine Natur neben reine Stadt.)

Die Abstriche an seiner Idee entsprechen dem kleinbürgerlichen Verständnis von Vergnügen des Gärtnermeisterverbandes: die Freude am Bescheidenen und Schönen, an immerhin 200 000 Tulpen, Hyazinthen, Narzissen und an über 100 000 Rosen. In der Natur herumspazieren, picknicken, sie betrachten und studieren – das hat den alten Lunapark ersetzt. Die Katastrophe kommt da nicht mehr vor.



Natur auf Ententeichlein reduziert?

Natur als Rummelplatz

Von Lise Stärkle

Mit der Industrialisierung entstanden die ersten Volksparks. Die «Grün 80» ist das letzte Glied in einer hundertjährigen Tradition von Naherholungszeiten für die Stadtbevölkerung. Im Kommerzkino bringen Erdbeben Wolkenkratzer zum Tanzen und brechen sie mitten entzwei, und weisse Haie verschlingen Bikinimädchen: Die sich rächende Natur ist zum Unterhaltungsschlagwerk geworden. Das Gewaltverhältnis zwischen Mensch und Natur ist zwar manifest geworden. Die «Grün 80» aber verniedlicht und verschleierte Probleme, um die Besucher mit schönen Eindrücken und einfach machbaren Lösungen nach Hause entlassen zu können. Warum werden an der «Grün 80» keine Gift- und Atomalarmübungen durchgeführt?

«Ein Garten ist das Idealbild des Menschen von der Welt, und da die meisten Menschen von der Gesellschaft, deren Teil sie sind, geprägt werden, so folgt daraus, dass der Garten jeder Gemeinschaft und jeder Periode die Traumwelt der Zeitgenossen spiegelt und das Wunschbild der betreffenden Epoche ist.» (Derek Clifford, Gartenphilosoph)

Kurze Geschichte der Volksparks

Mit dem Waldpark Lange Erlen wurde bereits 1871 in Basel ein Naherholungsgebiet geschaffen. In der Stadt drängte der dynamische Freisinn an die Macht, da bildeten philanthropisch gewordene Patrizier den Erlen-Verein. Sie fanden, jetzt nach dem Abreissen der Stadtmauern (1860–1870), sollten die Basler die Weite der Landschaft, die Einheit zwischen der Stadt und ihrer ländlichen Umgebung erleben. Zusätzliche Attraktionen waren ein Tierpark und eine Wirtenschaft in der sonntags preussische Militärcapellen aufspielen. Für die Kinder gab's ein Karussell.

Der Zoologische Garten von Basel, 1873 der erste in der Schweiz, wies bereits Parallelen zur «Grün 80» auf: Nicht nur ein Erholungsgebiet sollte geschaffen werden, weil Menschen in muffigen Arbeitsräumen und Wohnungen ohne Kontakt zur Natur verrohen, sondern die bedrohte Natur sollte als Ausstellungsobjekt dem Menschen nähergebracht und dadurch geschützt werden.

Der Widerspruch darin, dass derselbe Mensch, der Natur zerstört, sie nun schützen will, mit derselben erobert – betrachtend – ordnend Hand, wurde im «Zoll» ebenso elegant umgangen wie in der «Grün 80». Im Zoo wird das Vergnügen bereits nicht mehr einfach angegliedert wie in den Längen Erlen, sondern thematisch geboten: Im Zoo wurden Tier- und Völkerschauen gezeigt, Marokkaner beschworen Schlangen, Nubier und Singhaesen bauten Negerdörfer und tanzten Kriegstänze.

Von optischen und physikalisch-technischen Tricks lebten ganze Shows (zum

Aktion «sauberes Basel»

Von Maria Zemp

Mit dem Regierungsprogramm «Basel 75 – Hauptziele eines Stadtkantons» blieb die Exekutive vor fünf Jahren zum Angriff gegen die Verödung der Stadt durch den überbordenden Verkehr und die Abwanderung der Bevölkerung aus Land. Die Parolen überzeugten, aber ihre Wirklichkeit scheiterte an den Profitinteressen der Bauindustrie, der Chemie und der Bodenspekulationen sowie am mangelnden Durchsetzungsvermögen von Parlament und Regierung.

Inzwischen blockiert die Regierung selbst die Verwirklichung ihrer deklamierten Ziele. Gegen den Willen der Bevölkerung soll die Nordtangente durchgeboxt werden. Mit Luxusnovationen in ihren eigenen Liegenschaften fördert die Stadt die Zerstörung von billigem Wohnraum. Die neuesten Statistiken zeigen, dass die Stadtfucht weiter zugenommen hat.

Sanierungskosmetik

Was in Wirklichkeit nicht geschah, sollte nur im Rahmen von «flankierenden Massnahmen zur Grün 80», kosmetisch vorgetauscht werden. Von 50 Anträgen zur Verbesserung der Wohnqualität wurden nur 29 vom Parlament verabschiedet. Fast ausnahmslos wurden alle vorgeschlagenen Massnahmen für Verbesserungen in Arbeiterquartieren mit einem Seitenblick auf das Budget zurückgestellt. Einzig das «Gundeli», ebenfalls ein Arbeiterquartier, wurde dank seiner Lage zwischen Bahnhof und «Grün 80» für einmal bevorzugt: Heute, kurz vor der Eröffnung, führt ein reichbelumbluter und -begünstigter Fussgängerweg durchs ganze Quartier bis zum Gelände der «Grün 80». Die versprochenen

Sanierungen der Hinterhöfe, die Ausdehnung der Wohnschutzzone, der Immissionschutz für die lärmgeplagten Anwohner der «Gundeli-Strassenschluchten» wurden «vergesse».

Weitere Kosmetik wurde an der Rheinpromenade und vor allem im Stadtzentrum betrieben.

Gegen Drögel und Huren

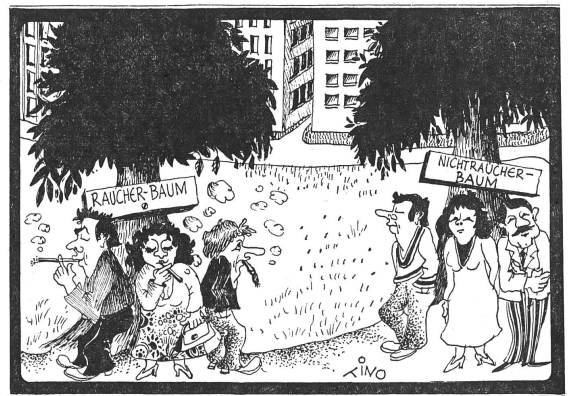
Basel bemüht sich, dem internationalen Publikum eine «saubere Stadt» zu präsentieren. Dazu gehören Massnahmen gegen die Ausgefippten, die «Gass». Schon im letzten Herbst schloss die «Balance», ein bekanntes Drogenlo-

kal am zentralen Barfüsserplatz. Der Leiter des Drogenzeugs erklärte, so sei es möglich, diese Leute in den Untergrund zu treiben und ihnen den Zugang zu harten Drogen zu erschweren. Nur zwei Jahre zuvor hatte er die «Balance» noch verteidigt mit dem Argument, eine Konzentration des Drogenhandels an einem Ort sei besser kontrollierbar. Eine andere «Gassenbeiz» in Kleinbasel wurde Ende Februar 80 geschlossen.

Vor einem Jahr verlegte das Polizeidepartement die Huren vom touristisch exponierten Kleinbasel in die Aussenquartiere.

Und über die protestantisch herausgeputzte, biedere Sauberkeit Basels wacht ein – trotz Personalstopp – aufgestocktes Heer von Polizisten.

Grün 80: VARIANTE



Die grösste Schau seit der «Expo»

Die Ausstellungsfläche der «Grün 80» beträgt 46 Hektaren. Zwei künstliche Seen mit 25 000 Quadratmeter Oberfläche bilden das Herzstück eines 22 Hektaren grossen Parks, der auch nach der Ausstellung als Naherholungszone mit Picknick-Plätzen und M-Restaurant bestehen bleiben soll. 13 000 Bäume und Hunderttausende von Blumen sollen vom 12. April bis zum 12. Oktober den Fleiss der Gärtnermeister dokumentieren und die Besitzer von Pflanzplätzen und Gärten zu neuem Tun anregen.

Die «Grün 80» versteht sich zudem als lehrreiche Okoschau. Mit Bus und Auto können Besucher biologisch-dynamische Bauernhöfe und andere «grüne Inseln» (so der offizielle Führer) im Dreiländereck erreichen und unter kundiger Führung der «Einheimischen» studieren. Auf dem Ausstellungsgelände selbst finden sich didaktische Schauen in mehreren Bereichen, vor allem in der «Grünen Universität». Die «Grün 80» soll fast 60 Millionen Franken kosten. Einnahmen erhoffen sich die Organisationen in einer Linie von drei Millionen Eintritts (Billetts kosten neun Franken), der Beteiligung der Migros und den Einnahmen aus der Verpflegung (5000 Restaurantplätze). Als kulturelle Beilage bietet die Stadt in den sechs Ausstellungsmonaten ein Mammutprogramm von über 700 Veranstaltungen an.

Hochleistungsstrassen, die rund um die «Grau 80» (Volksmund) in den letzten Jahren entstanden sind.

- Diesem Autobahnbau wurden Naturschutzwälder und -auen geopfert.
- Sechs Dutzend Familiengärten mussten das Feld räumen, damit in unmittelbarer Nähe der «Grün 80» 1200 Parkplätze für Ausstellungsbesucher angelegt werden konnten.
- Ein lange Zeit blockiertes Parkhaus beim Gelände wurde im Hinblick auf die Eröffnung der «Grün 80» fertiggestellt.
- Das Naturschutzgebiet Reinaicher Heide wurde eingezäunt, um es vor «rück-sichtslosen Spaziergängern» zu bewahren.
- Nur eine massive Pressekampagne verhinderte die Betonierung des letzten freien Feldes im Graugürtel Basel-Muttenz-Pratteln zu Parkplatzzwecken.

Das Merian-Land

Anfang der siebziger Jahre beschloss der Gärtnermeisterverband, 1980 (wie schon 1959) eine Gartenbau-Ausstellung durchzuführen. Mehrere Städte bewarben sich. Basel schwang nicht zufällig obenaus: Der Direktor der mächtigen Christoph-Merian-Stiftung, Dr. Hans Meier, bot dem Gärtnermeisterverband kurzerhand die riesige Brüglinger Ebene als Ausstellungsgelände an. Die Christoph-Merian-Stiftung verwaltet das Erbe des gleichnamigen Basler Patriziers aus dem letzten Jahrhundert. Dessen Familie hatte sich vorwiegend am lukrativen Handel mit der dritten Welt bereichert und mit den kolonialen Gewinnen Ländereien und Liegenschaften in der Umgebung der Stadt aufgekauft. Unter Direktor Meier verschachtelt die Stiftung Landwirtschaftsgebiet im Baurecht an Industrie und Detailhandel (zum Bau von MMM-Einkaufszentren). Auch das Land, auf dem aus Schrebergärten 1200 Parkplätze entstanden, gehörte der Merian-Stiftung. Diese geniesst den Ruf einer philanthropischen Gesellschaft, in Wirklichkeit ist sie zu einem Staat im Staate in der Hand des Grossbürgertums geworden.

Superschau abgeblasen

Als ersten Direktor für die «Grün 80» engagierte der Gärtnermeisterverband den Basler Werbefachmann und Mitbegründer der renommierten Werbeagen-

Wem ist Gösgen noch geheuer?

Fortsetzung von Seite 1

Grössenordnung 5000 Quadratkilometer (= Fläche des Kanton Wallis), müsste die Bevölkerung bleibend umgesiedelt werden. Auf noch viel grösseren Gebieten könnte über Jahrzehnte keine Landwirtschaft betrieben werden. In den Folgeabschätzungen bisher nicht berücksichtigt wurden zudem die zusätzliche radioaktive Belastung durch die Verseuchung des Trinkwassers, die Einatmung von radioaktivem Staub und der Verzehr radioaktiver Lebensmittel.

Solche Gutachten machen die schweizerischen AKW-Behörden nervös. Denn in ihren Berichten zum AKW Gösgen sind die Folgen eines grossen Unfalls noch nie genau diskutiert worden. Solche Unfälle wurden einfach als «hypothetisch» abgetan, das damit verbundene Risiko wurde pauschal als «zumutbar» erklärt. Aufgrund solcher Einschätzungen hat das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement die Bewilligung für Gösgen erteilt.

«Nach menschlichem Ermessen nicht möglich»

Die klassische Gegenargumentation der AKW-Befürworter auf diese Kritik: Solche Unfälle sind so unwahrscheinlich (1:10 000 bis 1:1 000 000), dass man sie nach der praktischen Vernunft als «so gut wie ausgeschlossen» bezeichnen kann. Ist mit einem schweren AKW-Unfall erst in 10 000 Jahren zu rechnen? Solche statistischen Durchschnittswerte können über den Eintrittszeitpunkt eines Ereignisses nichts aussagen. Dies wurde von den beiden Oberexperten nach harter Diskussion bestätigt. Verschiedene schwere AKW-Unfälle – zum Beispiel Harrisburg, Browns Ferry, Dresden 1 – hatten eine Eintrittswahrscheinlichkeit von 1:100 000 oder noch kleiner. Passiert sind sie trotzdem, Harrisburg nach nur drei Monaten Betriebszeit!

Katastrophenschutz von schweizerischer Gründlichkeit?

Als einziges Land sieht die Schweiz vor, dass die Bevölkerung in der unmittelbaren Umgebung eines Atomkraftwerks zuerst «vertikal evakuieren», das heisst in den Keller geschickt wird. Erst später, wenn die radioaktive Wolke abgezogen ist, soll die Bevölkerung horizontal verschoben werden, also weg aus dem bestrahlten Gebiet in wenig bestrahlte oder gar unbestrahlte Gegenden.

Auch wenn alle Betroffenen diszipliniert die (Luftschutz-)Keller beziehen würden, wäre höchstens die Gefahr der

ersten Stunde gebannt: Es würden weniger Menschen sofort sterben. Aus den Nachforschungen des Experten Konrad Kreuzer in der Umgebung des AKW Gösgen muss zwar geschlossen werden, dass selbst dies wenig wahrscheinlich ist:

- Die öffentlichen Schutzkeller sind teilweise so genutzt, dass sie im Katastrophenfall nicht geöffnet werden könnten. Laut kantonalem Konzept sind sie auch nicht für AKW-Unfälle vorgesehen.
- Die Bevölkerung ist so widersprüchlich informiert, dass mit Panikreaktionen zu rechnen wäre.
- Die Alarmeinrichtungen sind in der Alarmzone 2 – also im Umkreis von fünf bis zwanzig Kilometern – grösstenteils noch nicht installiert.

Konkrete Pläne, wie nach dem ersten Tag im Keller 30 000 bis 70 000 Leute so evakuiert werden, dass sie sich nicht länger als eine Stunde im hochbestrahlten Gebiet aufhalten, gibt es schlichtweg nicht. Auch bleibt es fraglich, ob sich überhaupt Leute bereit finden werden, um in einem tödlich verseuchten Gebiet Evakuationsdienste zu leisten.

Nach Ansicht der beiden Oberexperten sind die Massnahmen, die zur wirksamen Verhinderung von grösseren Langzeitschäden getroffen werden müssten, von vornherein nicht durchführbar:

- Ein Gebiet, das von Gösgen weit über Zürich bis an den Bodensee reicht, müsste wegen der starken Bodenbestrahlung bis spätestens einen Monat nach dem Unfall vollständig umgesiedelt werden.
- Das entsiedelte Gebiet müsste durch Tausende von Arbeitern entgiftet werden. Häuser, Dächer und Fassaden müssten abgewaschen, alle Strassen und Trottoirs um etwa einen Zentimeter abgeschliffen werden. Der nicht betonierte Boden wäre 50 cm tief zu pflügen.

Das schwächste Glied der Kette: der Mensch

Die Hauptsache für Unfälle in Atomkraftwerken ist das menschliche Fehlverhalten. Eine deutsche Risikostudie⁴ berechnet, dass 60 bis 70 Prozent aller Unfälle auf «menschliches Versagen» zurückgeführt werden müssen.

Der von den AKW-Betreibern zugezogene Oberexperte musste zugeben, dass das menschliche Fehlverhalten nur sehr unvollständig abgeschätzt werden kann. Nicht in die Risikobetrachtung einbezogen werden üblicherweise: bewusstes Fehlverhalten des AKW-Personals, menschliche Manipulationen, die

⁴ Die Risikostudie wurde letztes Jahr im Auftrag der BRD-Regierung von den deutschen Atomenergie-Forschungszentren ausgeführt.

nicht in den Betriebshandbüchern vermerkt sind, Sabotage und Kriegsergebnisse. Die Wahrscheinlichkeitsberechnungen solcher Sicherheitsstudien – mögen sie mathematisch noch so genau sein – sind also mit grosser Vorsicht aufzunehmen.

Ein Atomreaktor kann bersten

Bei Pannen steigt der Druck im Reaktorgefäss häufig blitzschnell an, um dann langsam wieder abzufallen. Das Reaktordruckgefäss muss in der Lage sein, diese Druckschwankungen schadlos zu überstehen und auch nach 10, 20 Jahren Betriebszeit dem Normaldruck und allen Abweichungen standzuhalten.

Stahl mit diesen Eigenschaften hat es bis vor kurzem nicht gegeben. Kein führender Materialwissenschaftler stellt dem Stahl, aus dem das Druckgefäss des AKW Gösgen gefertigt ist, eine Garantie dafür aus, dass er auch nach 20 Jahren noch den Druckbelastungen gewachsen ist. Ohne zusätzliche Druckprüfungen kann nach Ansicht der Oberexperten nicht ausgeschlossen werden, dass das Druckgefäss eines Tages explodiert. Bei diesem Unfall könnte man dann auch nicht mehr auf irgendwelche Sicherheitsvorkehrungen zurückgreifen. Denn das ein Bersten des Reaktordruckgefässes möglich ist, wurde von den eidgenössischen Behörden bis anhin kategorisch bestritten. Auch jetzt noch weigerten sich die Überwachungsbehörden beharrlich, das einmütige Expertenurteil anzuerkennen. Regelmässige Kaltwasserdruckproben sind im Betrieb des AKW Gösgen nicht vorgesehen. Damit hat sich's.

Gösgen – nicht auf dem Stand der Technik

In einer ganzen Reihe von Punkten entspricht das Atomkraftwerk Gösgen nicht dem heute üblichen Stand der Sicherheitstechnik. Oberexperte Professor Schärer konnte überzeugend darlegen, dass – entgegen den Behauptungen der AKW-Betreiber und der eidgenössischen Überwachungsbehörden – das AKW Gösgen gegen einen Flugzeugabsturz nicht gesichert ist. Wenn die Corodno 1970 statt auf Würenlingen aufs Atomkraftwerk Gösgen abgestürzt wäre, hätte die die Sicherheitshülle durchschlagen und im Reaktorkuppelraum schwere Schäden angerichtet. Ein ganz schwerer Unfall wäre plötzlich «sehr wahrscheinlich» geworden.

Auch gegen Sabotage ist das AKW Gösgen nicht optimal gesichert, wie Professor Schärer nachweisen konnte. Besonders da in einigen wichtigen Fällen – zum Beispiel beim Notkühlsystem – das Sicherheitsprinzip durchbrochen worden ist, dass gegen mögliche Unfälle mehrere voneinander unabhängige Barrieren errichtet werden müssen. Professor Schärer forderte daher unter anderem, dass beim AKW Gösgen ein zweites, anders konstruiertes Notkühlsystem eingerichtet wird.

Radioaktivität – gefährlicher, als man denkt

Das AKW Gösgen produziert in einem Jahr 100mal mehr Radioaktivität als damals die Hiroshima-Bombe. Weil aber davon praktisch nichts in die Umwelt gelangt und ausserdem die Radioaktivität in kleinen Dosen nicht gefährlich sei, schliessen die AKW-Betreiber: Atomstrom ist sauber. Die Strahlenbelastungen der Bevölkerung und der Arbeiter in den AKWs, Wiederaufbereitungsanlagen, den Uranminen und den Abfall-Lagerstätten sei tolerierbar, weil die gesundheitlichen Folgen vernachlässigt werden könnten. Auf jeden Fall sei das Risiko für Arbeiter im AKW-Betrieb wesentlich kleiner als in jedem andern Industriebereich.

Diese Behauptungen der AKW-Betreiber stützen sich auf die wissenschaftlichen Empfehlungen der Internationalen Strahlenkommission (ICRP). Diese schätzt, dass 10 000 mannen (10 000 Personen mit 1 rem) einen Krebsstotzen zur Folge haben. Zahlreiche neue Untersuchungen zeigen aber, dass die Schadenwirkung der radioaktiven Strahlung wesentlich höher liegt. Professor Karl Morgan, der ehemalige langjährige Präsident der ICRP, schätzt heute die Schadenwirkung rund sechsmal höher ein als seine amtierenden Kommissionskollegen. Oberexpertein Frau Professor Schmitz-Feuerhake, Bremen, geht in ihrer Beurteilung sogar rund zehnfach höher als die ICRP. Nur die Werte der Schweizer Behörden lagen bisher noch unter denjenigen der internationalen Strahlenschutzkommission.

Ob die Radioaktivität um den Faktor 3,6 oder 10 gefährlicher sei als bisher angenommen, mag belanglos erscheinen. Sollen sich aber die kritischeren Werte durchsetzen, so wäre die Existenz der Atomindustrie in Frage gestellt. Der Atombetrieb wird funktionsunfähig, wenn die Belastung der Arbeiter von jährlich 5 rem auf 0,5 rem herabgesetzt

Wissenschaftliche Experten pro und kontra

Wer lügt im Atomstreit?

Von Daniel Wiener, Teilnehmer an den Gösgen-Hearings

Die Gösgen-Hearings sind vorbei. Das Kraftwerk läuft weiter. Während acht Tagen prallten Aussagen von Wissenschaftlern der Atomkraft-Befürworter und -Gegner aufeinander. Die Gösgen-Hearings haben aber eines gezeigt: Es stehen sich nicht Lügner und Wahrheitsapostel gegenüber, sondern zwei grundverschiedene Wissenschaftergenerationen.

Seit der Aufklärung hat die Technik einen rasanten Aufstieg erlebt. Dieser war nur dank dem Zusammentreffen zahlreicher begünstigender Umstände, insbesondere dank der Befreiung der Wissenschaft aus dem Korsett der Religion, möglich. Heute wird Forschung als Investition im Hinblick auf den technischen Fortschritt betrieben. Die Erkenntnisse sollen sich in neuen Produktionsmitteln und Konsumgütern niederschlagen. Dies ist das Hauptmotiv ihrer Finanzierung. Die Risiken neuer Produkte werden – zum Beispiel beim Bau von Autos – mit berücksichtigt. Diese Rechnung wurde auch an den Gösgen-Hearings gemacht. Die resultierende «Risikozahl» wurde mit anderen Risiken verglichen. Ergebnis: Das Atomrisiko hält sich im Rahmen.

Atomrisiko – im Rahmen?

Es entspricht den Grundsätzen der traditionellen Wissenschaft, eine Kosten-Nutzen-Rechnung zu machen. Es waren nicht die Betreiber der Atomkraftwerke, sondern Universitätsprofessoren, die an den Gösgen-Hearings solche Überlegungen anstellten. Als Kriterien für die Sicherheitsanforderungen führten sie und die Überwachungsbehörden die «Verhältnismässigkeit» bzw. die «Zumutbarkeit» (Atomgesetz) an. Peter Courvaissier, Chef der Abteilung für Sicherheit von Kernanlagen (ASK) beim Energiewirtschaftsdepartement, versicherte zwar ausdrücklich, Kosten spielten bei den Entscheiden seiner Behörde keine Rolle. Es ist aber unbestritten, dass ein Atomkraftwerk bedeutend sicherer wäre, würde es unterirdisch gebaut. Die Kosten dieser und anderer Massnahmen könnten aber die Anwendung der Atomtechnologie zur Energieerzeugung in Frage stellen. Das Prinzip der Verhältnismässigkeit und Zumutbarkeit bedeutet also nichts anderes, als dass die Anordnungen der Sicherheitsbehörden nicht auf ein faktisches Verbot von Atomkraftwerken hinauslaufen dürfen. Das Sicherheitsniveau ergibt sich also aus einer Kosten-Nutzen-Rechnung und nicht aus einem gesellschaftlich bewussten in Kauf genommenen Risiko.

Aus Schaden klug?

Eine der wichtigsten Methoden der traditionellen Wissenschaft nennt sich «try an error», im Volksmund etwa: «Aus Schaden wird man klug». Dieses – normalerweise sinnvolle – Prinzip führt zur langsamen Verbesserung eines Produkts aufgrund von Fehlleistungen und schlechten Erfahrungen. Zur Einschätzung eines natürlichen Vorgangs stützt sich die traditionelle Wissenschaft auf Experimente. Im Experiment kann jedoch nur ein Teil der Erfahrung vorweg-

genommen werden. Die Wirklichkeit lässt sich auf diese Weise nur in beschränktem Mass erfassen. Weil eine nicht vorausgesehene Fehlleistung zu einer Katastrophe führen kann, ist es unverantwortlich, die Methode «try an error» auf Atomkraftwerke anzuwenden.

Die an sich vernünftigen Methoden und Grundsätze der traditionellen Wissenschaft aus dem 18. und 19. Jahrhundert müssen an der Herausforderung der atomaren Grosstechnologie scheitern. Angesichts der grossen gesellschaftlichen Gefahren, die durch die neue Technik heraufbeschworen wurden, begann eine neue Generation von Wissenschaftlern auch wertvolle Elemente in ihre Arbeit einzuführen. (Dabei entdeckte sich, dass auch die traditionelle Wissenschaft keineswegs eine wertfreie ist.)

Auf Machbares verzichten

Statt bloss dem technischen Fortschritt zu dienen, betrachtet es die neue Wissenschaftergeneration als ihre Pflicht, die Öffentlichkeit vor den Folgen der wissenschaftlichen Forschung und deren technischer Anwendung zu warnen. Der Bremer Professor und Atomkritiker Rüdiger Schäfer an den Gösgen-Hearings: «Die kleinen Wahrscheinlichkeiten eines Atomunfalls dürfen die Entscheidungsträger nicht davon ablenken, dass es schon ähnlich unwahrscheinliche Ereignisse in Atomkraftwerken gegeben hat.» Oder: «Sind Schäden einmal eingetreten, fragt niemand mehr danach, ob die Wahrscheinlichkeit nun 1:100 000 oder 1:10 000 war.» Es gehört zur «moralischen Verantwortung der Wissenschaftler» (Professor Max Thürkup, Basel), die Öffentlichkeit auch ungefragt vor Gefahren zu warnen. Dazu Schäfer: «Die Politiker müssen sich mit dem Mass der maximal möglichen Unfallfolgen auseinandersetzen und diese auch publik machen.»

Solche Aussagen relativieren – über die Atomtechnologie hinaus – die Wertsysteme, auf deren Grundlage grosse Industrien ihre Geschäfte machen und arrierte Professoren ihre berufliche Tätigkeit aufgebaut haben. Zu den Grundsätzen der neuen Wissenschaftergeneration, die wir an den Gösgen-Hearings erlebt haben, gehört überdies die Bereitschaft, auf Machbares zu verzichten, unter Umständen auch gegen den Willen der interessierten Industrie.

PS: Wenn wir von den redlichen Anhängern der traditionellen Wissenschaft sprechen, dann dürfen wir diese nicht mit jenen Propagandisten der Atomindustrie verwechseln, die tatsächlich lügen oder wichtige Tatsachen verschweigen, um ihre Kraftwerke dem Volk zu verkaufen.

werden muss. (Heute werden die AKW-Arbeiter in der Schweiz mit 0,8-1 rem belastet.) Die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen wäre mit diesen tiefen Schutzzgrenzen völlig undenkbar. Die Reduktion der Belastungslimiten für die Bevölkerung um den Faktor 3,6 oder 10 würde ebenfalls zur Stilllegung der bestehenden AKWs führen.

«Normalbetrieb»: Der einzelne wird nicht geschützt

Die radioaktive Belastung der Bevölkerung beim Normalbetrieb kommt durch radioaktive Gase und Staubpartikeln aus dem Kamin zustande. Das Atomgesetz und die Verordnung sichern jedem Anwohner den gleichen Schutz zu: dem Bauer, dessen Kühe in der AKW-Umgebung weiden und deren Milch von seiner Familie getrunken wird, dem Feierabendgärtner, der sich mit dem Gemüse aus dem eigenen Garten selbst versorgt, und dem Hobbyfischer, der die Fische unterhalb des AKW aus dem Wasser zieht. Nur, die exakte Belastung dieser Personen lässt sich nicht messen, sondern allenfalls berechnen. Diese Berechnungen der Radioökologen sind sehr umstritten, da sie von vielen Faktoren abhängig sind.

Für Gösgen wurde aber nicht einmal ein radioökologisches Gutachten erstellt. Standortspezifische Daten – in andern Ländern (zum Beispiel Deutschland, Holland, Schweden) eine Selbstverständlichkeit – waren deshalb für Gösgen nicht vorhanden. In den Hearings nun

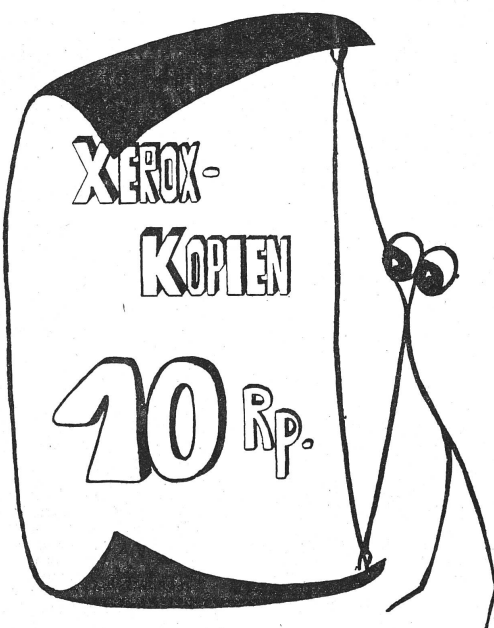
konnte der Experte Teufel nachweisen, dass bei einem Ausschöpfen der bewilligten Abgabelimite für das AKW Gösgen Belastungen einzelner Organe auftreten können, welche die Richtlinien der eidgenössischen Strahlenschutzverordnung um das Zehnfache überschreiten. Nicht zuletzt wegen der enormen Unsicherheit bei der Berechnung der Strahlenbelastung forderten die Oberexperten schliesslich, dass die Abgabelimite für Gösgen wesentlich niedriger (zwischen 80 und 99,9% Prozent) angesetzt werden.

Und unsere Kinder?

Radioaktive Substanzen reichern sich im Boden über Jahre hinweg an. Und wenn in 10 Jahren eine Erhöhung der Bodenvergiftung durch den Normalbetrieb festzustellen ist, kann man dies nicht mehr dadurch rückgängig machen, dass man das AKW abstellt. Der Boden bleibt verseucht.

Die Berechnungen der Strahlenbelastung beziehen sich auf den geschlechtsneutralen Durchschnittsmenschen im Durchschnittsalter mit Durchschnittsgesundheit und Durchschnittsgewohnheiten. Kinder im Mutterleib aber sind beispielsweise bis 500mal empfindlicher als der «Normalmensch». Wenn die Schutzziele für jedes Leben gelten sollen, auch für das ungeborene, dürfen heute Atomkraftwerke nicht mehr betrieben werden – es sei denn, man verbietet den Frauen im Umkreis eines AKW, Kinder zu haben. R. Bühler, U. Kasser

Keine Angst vor tiefen Preisen!



ADAG COPY-CENTER
ADMINISTRATION & DRUCK AG

Sonneggstrasse 25 – 8006 Zürich – Telefon 01/47 35 54

Wettlauf um die UKW-Frequenzen

Kein Kommerz auf Megahertz!

Von Jürg Frischknecht

Der Ausdruck **Medienland schaff** ist in der Mediendiskussion zum festen Begriff geworden. In den achtziger Jahren wird vor allem der Medienhimmel dafür sorgen, dass die Medienpolitik auf der Traktandenliste weit oben figuriert. Vorerst ist es vor allem das uralte Dampfradio, das nach Jahrzehnten eines Schattendaseins beinahe täglich Schlagzeilen liefert.

Auf der Warteliste für Programmkonzessionen stehen zurzeit

- Roger Schawinski (einmal mit einem Genossenschaftssender, der durch freiwillige Beiträge finanziert würde, einmal kommerziell wie gehabt),
- das alternative Lokal-Radio Zürich (ALR),
- die Medienpolitisten des Hofer-Klubs, - die vier Zürcher Grossverlage Ringier/Tagli/Frey/NZZ,
- die Arbeitsgemeinschaft christliches Radio (freikirchliche Radiomissionare),
- die Stiftung Dialog (ein Werbebüro für die Beteiligung an der direkten Demokratie),
- vielleicht die Migros.

Dieser Wettlauf um die UKW-Frequenzen ist um so erstaunlicher, als es dem Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) bis vor kurzem gelang, den Deckel auf dem Topf zu halten, und zwar mit folgender Position: Ohne Verfassungartikel für Radio und Fernsehen geht im Bereich der elektronischen Medien nichts. Also nichts Neues bis Mitte der achtziger Jahre. (Die Ausnahme von der Regel: Für Lokalprogramme auf Kabelnetzen wurde mit der Kabelrundfunkverordnung die Tür zu Experimenten einen schmalen Spalt weit geöffnet.)

Aus diesem Stillhalteinteresse gingen die Schweizer Behörden auch gegen Radio 24 vor. Weil das Lokalradio in der Medienlandschaft einer der wenigen noch weissen Flecken ist, wollte sich das EVED dieses Niemandsland nicht fünf vor Zwölf durch Faits accomplis besetzen lassen, also bevor der Staat mit medienpolitischen Regelungsversuchen eingreifen kann. Das staatliche Vorgehen war nicht gerade sympathisch, aber richtig. Denn es ist besser, wenn das Gesetz des Handelns beim Staat bleibt, der auf gesellschaftspolitische Werte verpflichtet werden kann, als wenn auch noch das Lokalradio den Geschäftsleuten überlassen wird. Diese zweite Position vertritt in der Schweiz der Frey-Konzern besonders unverblümt, der eine Radio-Gewerbefreiheit analog zur Presse-Gewerbefreiheit fordert; Vorbild USA.

Tendenzende

Die Stillhalteperiode ist definitiv vorbei. Den Radioboomb haben vor allem drei Umstände ausgelöst:

- der (ehemalige) Journalist Schawinski, der mit einem Grenzsender Geld machen wollte und sich dabei einen Dreck um staatliche Ordnungsbemühungen kümmerte,
- die Genfer Wellenkonferenz, die 1979 das UKW-Band über die bisherige Grenze von 100 Megahertz hinaus auf 108

MHz erweiterte, wobei die neuen Frequenzen stufenweise freigegeben werden,

- der neue EVID-Vorsteher Leon Schlumpf, der Anfang Februar etwas voreilig verkündete, befristete Radioexperimente seien auch vor einem Verfassungartikel möglich, vielleicht sogar mit Werbung.

Tatsächlich stünde es dem Bundesrat frei, auch ohne Verfassungsartikel neben der SRG einer oder mehreren weiteren Trägerschaften eine Programmkonzession zu erteilen. Damit ist nicht so rasch

Lokalradio, das sich aus freiwilligen Hörbeiträgen finanziert.

Eine Trennung zwischen nationaler und lokaler Ebene machten 1979 auch Journalisten-Union und Gewerkschaftsbund: «*Programmkonzessionen werden erteilt an eine nationale unabhängige Institution des öffentlichen Rechts sowie an lokale Veranstalter, die genossenschaftlich organisiert und von Wirtschaft und Werbung unabhängig sind.*» (Vernehmung zum Radio- und Fernsehartikel). Konkret könnte das etwa so aussehen: Auf gesamtschweizerischer Ebene bleibt das Monopol der SRG. Auf lokaler Ebene wird der UKW-Bereich geöffnet, und zwar für nichtkommerzielle, bürgernahe Stationen, die den Radiokonsumenten frei nach Brecht auch als Lieferanten miteinbeziehen. Kaum ein Me-



Neue Töne im Medienhimmel?

aus: la Nouvelle Critique No 124

zu rechnen. Schneller dürfte es auf lokaler Ebene gehen, wo lediglich die Kabelrundfunk-Verordnung aus dem Jahr 1977 im Weg steht, da sie die drahtlose Verarbeitung von Lokalprogrammen verbietet (was seinerzeit mit Frequenzmangel und Kriegsreserve begründet wurde). Die Verordnung läuft Mitte 1981 aus und muss spätestens bis zu diesem Zeitpunkt revidiert werden. Es gilt als sicher, dass die drahtlose Verbreitung künftig erlaubt wird. Umstritten ist die Frage, ob und wie weit das Werbeverbot gelockert werden soll.

Linke Positionen: bürgernah, kommerzfrei, lokal

Die GKEW und weitere Gruppierungen nahmen im Sommer 1976 den (erfolgreichen) Kampf gegen den Radio- und Fernsehartikel vor allem deshalb auf, weil er auch private Veranstalter vorsah. Noch während des Abstimmungskampfes zeichnete sich in der Privatisierungsfrage eine Differenzierung ab. Das GKEW-Info veröffentlichte ein Plädoyer «für ein privates, nichtkommerzielles Radio und Fernsehen»: «Auf lokaler/regionaler Ebene sind private Sender zuzulassen. Einzige Einschränkung: Werbung ist nicht gestattet, weil sonst solche Stationen unweigerlich in die Hände von Profitinteressen gelangen. Für sämtliche interessierte Gruppen besteht die Sendefreiheit.» Diesen Vorstellungen entspricht auch das Projekt ALR, das im November 1976 in Angriff genommen wurde: ein linksengagiertes, bürgernahes

diem erzielt ein derart günstiges Verhältnis zwischen Aufwand und Reichweite wie das Lokal-UKW (für wenige hundert Franken ist die ganze Stadt Zürich zu versorgen). Und kaum ein Medium ist derart zugänglich. Das Kleinmedium UKW ist (im Gegensatz zu kapitalintensiven Grossmedien wie Fernsehen oder erst recht Satelliten-TV) vom Bürger so einfach zu handhaben wie ein Tonbandgerät oder eine Photokamera. Mit andern Worten: Es ist ein Medium mit demokratischen Potenzialen, weil es eine demokratische Nutzung erlaubt, eine Nutzung, die auf Kommunikation, auf gesellschaftliche Verständigung und Auseinandersetzung angelegt ist und nicht auf Profit. Möglich wären nach diesen Vorstellungen ein ALR und auch Schwandikens Genossenschaftsradio oder spendenfinanzierte Missionssender, nicht aber Kommerzsender, ob sie nun von Verlegern oder von Schawinski kommen. Für Profitjäger gibt es im Medienwald ja sonst schon genügend Jagdgründe.

Werbung killt Experimente

Ein letzter, aber entscheidender Punkt: Bei der Revision der Kabelrundfunk-Verordnung muss das Werbeverbot, das natürlich von den Kommerzern heftig attackiert wird, unbedingt erhalten bleiben. Auch die revidierte Verordnung ist ja eine Übergangslösung, die im Hinblick auf die spätere verfassungsmässige und gesetzliche Regelung Experimente ermöglichen soll. Um Experimente zu ermöglichen, ist in erster Linie die kostengünstige drahtlose Übermittlung

zuzukommen. Auf dem Hintergrund einer längeren Periode harter Arbeitskämpfe, von Demonstrationen mit brutalen Polizeieinsätzen, der ungelösten Agrarfrage und der Elendsviertel in den Städten hat sich die revolutionäre Linke zu einer Einheit hinter dem Präsidentschaftskandidaten Hugo Blanco, dem populären trotzkistischen Bauernführer, zusammengeschlossen. Diese Einigung der revolutionären Linken ist auf ein sehr grosses Echo gestossen. In verschiedenen Quartieren Limas ergaben Umfragen für Hugo Blanco die höchsten Stimmenanteile. Mit einer Rundreise durch Europa wirbt er um Solidarität und finanzielle Unterstützung für die peruanische Linke.

Veranstaltung der Revolutionären Marxistischen Liga (RML) mit Hugo Blanco: Zürich, 12. März, 19.30 Uhr, Volkshaus, Weisser Saal; Genf, 13. März, 20.00 Uhr, Petite Salle du Faubourg.

Zürcher Arbeitsgruppe Vergewaltigung

Mit dem Ziel ein *Nottelefon* aufzubauen, das vergewaltigten Frauen Begleitung und Beratung anbieten soll, hat sich in Zürich eine Arbeitsgruppe gebildet. Sie ist offen für weitere Frauen (vor allem auch für Betroffene!), damit ein tragfähiges Projekt entsteht.

Treffpunkt in zweiwöchigem Turnus bei Ursula Tappolet, Mainaustrasse 34, 3. Stock, Zürich 8, Schweiz (01) 69 01 09, erstmals am Mittwoch, 5. März 1980, 19.30 Uhr. Nächste Sitzungen: 19. März, 2. April, 16. April.

das Konzept Tip

Plakate kleben

Seit April 1978 bearbeitet die Zürcher Justiz drei Personen, welche sie wegen Klebens von Plakaten verurteilen will. Die Anlage wegen Sachbeschädigung wurde schon beim Bezirksgericht abgewiesen, gleichzeitig aber die vom Polizeirichter verhängte Busse erhöht. Das Obergericht musste diese Erhöhung als ungültig erklären und sagte den Rekursprozess ab. Erfolg für die Plakatkleber also, denen nicht grosse Finanzen zur Verfügung stehen. Verschiedene Personen fordern denn auch eine Aufhebung von restriktiven Gesetzen, welche auf Plakatklebereien angewandt werden können. In einer kleinen Broschüre, welche vom «Kämpfer» und von der Schweizerischen Kommunistischen Organisation herausgegeben wurde (fünf Mitglieder wurden angeklagt), sind die Dokumente und verschiedene Stimmen zur Problematik gesammelt.

«Plakate kleben - kriminell!»: Zu beziehen bei: «Kämpfer», Postfach 3167, 8031 Zürich, 3 Fr.

Hugo Blanco in der Schweiz

Auf Mitte Mai haben die Militärs in Peru Präsidentschafts- und Parlamentswahlen angesetzt, um aus der politischen Krise heraus-

zuzulassen - aber nicht die Werbung. Denn Werbung ermöglicht keine Experimente, sie verunmöglicht solche. Was passiert, wenn man Werbung zulässt, muss nicht experimentiert werden. Das ist aus dem Ausland zur Genüge bekannt: ein Wettrennen um das werbeträchtige Publikum, also Ausrichtung auf Leichtverdauliches, Unverbindliches. Nur ja nichts Engagiertes. Ein Kommerz-Radio-24 vom Uetliberg wäre kein Experiment, sondern die Wiederholung eines x-mal ausprobierten todsicheren Geschäfts.

Experimente, die diese Bezeichnung unter kommunikativen, kulturellen, gesellschaftspolitischen Kriterien verdienen, also eine Erprobung neuer Formen von Kommunikation bedeuten, brauchen einen in gewissem Sinn geschützten Raum. Dieser «Schutzraum» würde zerstört (wie z. B. in Italien die Entwicklung hin zu amerikanischen Verhältnissen zeigt), wenn die Kommerz-Dampfwalze auch ins Gärten des Lokalradios eindringen dürfte. - Utopien? Linke Schwärmereien? Unrealistischer Idealismus? Zweifelnd sei empfohlen, die Entwicklung im Ausland wie auch einzelne funktionierende Modelle genau zu studieren.



«NZZ»-Jubiläumsposter

Wir haben die ausserordentliche Ehre, Ihnen, verehrte Leserschaft, unseren Wandhang zum 200-Jahr-Jubiläum des Weltblattes im Provinzstil anzukündigen. Der als Wandschmuck sich bestens eignende Druck wurde mit Sorgfalt im Zeitungsseiten-Format erstellt und kostet Sie auf dem Postweg nicht mehr als 6 Franken. Wollen Sie bitte Ihre Bestellungen richten an die Redaktion, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich.

Bundesdeutscher Rundfunk im Griff der Reaktion?

Gleichgeschaltete Glotze

Von Roman Brodmann

Albrecht und Stoltenberg, die Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein, beide CDU und beide mit je einer einzigen Stimme Landtagsmehrheit an der Macht, haben zugeschlagen. Sie wollen den Norddeutschen Rundfunk (NDR) nicht mehr gemeinsam mit dem Stadtstaat Hamburg tragen, weil er ihnen «zu rot» ist. Sie werden jetzt - vorausgesetzt, das Bundesverwaltungsgericht in Berlin weist Hamburgs Klage ab und erklärt die Kündigung der Verträge für rechtmässig - einen Zweiländersender einrichten, dessen Richtlinien sie ganz nach ihrem Geschmack bestimmen, und sie werden gleichzeitig dem kommerziellen Privatfernsehen die Türen öffnen. Das ist nicht nur ein lokaler oder regionaler Vorgang, das ist eine Voraussetzunge zum Generalangriff der politischen Rechten auf das gesamte System der elektronischen Medien in der Bundesrepublik Deutschland.

Kritiker im Visier

Man sah das seit langem kommen. Deutsche Journalisten und Programm-macher, die sich bei Radio und Fernsehen kritisch artikulierten, kamen mit zunehmender Regelmässigkeit und Schärfe ins Fadenkreuz der politischen Diffamierung. Der Westdeutsche Rundfunk in Köln (WDR), unter der Leitung des Freiherrn von Sell der grösste ARD-Sender, in dem einige Linksliberale von Fall zu Fall noch eine Lippe riskieren dürfen, wird in der Rechtspresse nach dem Prinzip der terminologischen Diskriminierung als «Rotfunk» angesprochen.

Die CSU hat ihren Bayerischen Rundfunk fest im Griff und pflegt ihren liberalen Reporter Dagobert Lindlau als letztes Feigenblatt eines Propagandensenders. In den andern ARD-Anstalten und beim ZDF hat die CDU dank der Tatsache, dass die Sozialdemokraten medienpolitische Stümper sind, fast alle politischen massgeblichen Schlüsselpositionen besetzt.

Findet man auf einem wichtigen Posten einmal einen Sozi, dann ist es unter Garantie einer der angepassten Parteikarrieristen. Wie etwa der langjährige Intendant des Senders Freies Berlin (SFB), Barsing, der mit seiner Pensionierung vor zwei Jahren seinen wahren Beruf entdeckte: Er schreibt jetzt Kolumnen für die Springer-Presse. Die Verhältnisse nehmen bisweilen groteske Formen an. Es gibt beim deutschen Fernsehen sogenannte SPD-Spitzenleute, die nur noch mit den Stimmen der Rechten wieder gewählt oder bestätigt werden.

einer Renaissance des Staatsrundfunks im zentralen Griff einer Regierungsmacht so schwer wie möglich zu machen.

Antifaschistische Entrümpelung

Diese Bemühungen der Besatzungsmächte (unter denen in diesem Fall die britische die einflussreichste war) schlugen sich dann auch nieder bei der Konstituierung des neuen deutschen Bundesstaates. Die Verfassung von 1949 legte die Einrichtung oder Konzessionierung von Radiostationen als Sache der Länder fest und gab gleichzeitig im allgemeinen Sinne Garantien für das Recht auf freie Meinungsäußerung. So entwickelten sich Radio und Fernsehen in der jungen BRD wenigstens partiell zu Stätten lebendiger Kontroverse, die weltweit Beachtung und Anerkennung fanden.

Die antifaschistische Entrümpelung, die es in den Schulen kaum und bei der Justiz überhaupt nicht gab, war bei den Rundfunkanstalten fast perfekt. Es formierte sich vor allem in den journalistischen Bereichen der Sender eine erstauische Generation lernfähiger Mitarbeiter, die ausendoss waren, bei der kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sowohl wie mit der neuen politischen Landschaft von ihrem Kopf Gebrauch zu machen.

Adenauers Staats-TV-Pläne

Das passte den Oligarchen der wieder zur Macht strebenden Wirtschaft und ihren politischen Adlaten nicht. Während die von den Alliierten lizenzierte Linkspresse ganz schnell an materieller Schwindsucht wieder zugrunde ging, blieb in den hauptsächlich von den Gebührenden der Allgemeinheit getragenen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten manch kritischer Geist ungeschoren. Schon der erste bundesdeutsche Kanzler, Konrad Adenauer (CDU), versuchte 1961 handstreichartig eine Machtergreifung, indem er gegen die für seinen Geschmack viel zu unbotmässige ARD ein Staatsfernsehen gründete. Er wurde noch von den Verfassungsrichtern gestoppt.

Jetzt hat man für die Zerstörung der nachkriegsdeutschen Medienstruktur neue Mittel eronnen. Die Zersplitterung des NDR bedroht das Gesamtgefüge der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD). Gleichzeitig mit der Unterhöhung bestehender Strukturen will man mit dem Aufbau privatwirtschaftlich organisierter Konkurrenzprogramme den ARD-Sendern und dem ZDF an die Einschaltquoten: Gehirnschönder Zeitvertreib soll «linker» Information die Schau stehlen. Wartet einer vor der auf diese Weise drohenden Amerikanisierung der deutschen Medienlandschaft, dann operieren die Machtpolitiker so scheinlich wie zynisch mit dem «mündigen Bürger», der ausser seinen Volkserntern ja wohl auch die richtigen Programme werden wählen können.

Das Monopol von ARD und ZDF müsste gebrochen werden, im Interesse der Demokratie, sagen die deutschen Reaktionsäre. Es sind die gleichen Leute, die von Mitbestimmung in Betrieben und Universitäten noch nie etwas wissen wollten. Jetzt wollen sie die «Demokratisierung» des Fernsehens, damit Lieschen Müller nie mehr in die fatale Lage kommt, vor der Glotze etwas denken zu müssen.

Walo von Bären Jürg Frischknecht

Kommerz auf Megahertz?

Dossier Radioszene Schweiz

LEO

In der neuen Reihe «Mediaprint», die von der Journalisten-Union und dem Basler Lenos-Verlag herausgegeben wird, erscheint als erster Titel das 168 Seiten starke Dossier «Kommerz auf Megahertz». Walo von Bären und Jürg Frischknecht dokumentieren die Geschichte von Radio 24, das Alternative Lokal-Radio Zürich und weitere Radioprojekte, die Piratenszene, funktionierende Non-profit-Stationen im Ausland, die wichtigsten medienpolitischen Positionen, insbesondere der Linken. Ab 20. März im Buchhandel, 15 Fr.

WEM GEHÖRT EIGENTLICH MEIN LEHRLINGSLOHN?

Informationen
für Leute
zwischen 16
und 20

TopTips

Schweizerische Kreditanstalt

Fragen wie diese beschäftigen einen, wenn man jung ist. Wer kann die richtigen Entscheidungshilfen bei der Berufswahl geben? Wie macht man am besten Ferien auf eigene Faust? Welche Versicherungen sollte man abschliessen?

Die Antwort auf solche Fragen findet Ihr jetzt in den Top-Tips der SKA. Die Top-Tips sind eine fast 100-seitige, illustrierte Broschüre, die den Wissensdurst der Jugend in vielen Gebieten stillt und zahlreiche nützliche Adressen von Ausbildungsstellen vermittelt.

Ihr bekommt sie jetzt gratis an jeder SKA-Geschäftsstelle. Denn guter Rat muss schliesslich nicht unbedingt teuer sein.



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
SKA

SKA – für alle da

COUPON

Ich möchte gerne mehr wissen. Bitte schicken Sie mir die Top-Tips.

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Geburtsdatum: _____

Einsenden an die nächstgelegene SKA-Geschäftsstelle oder an SKA-Hauptsitz/Pvz, Postfach, 8021 Zürich.

KON
8999



Wozu noch Gold?

Goldrausch, Goldfieber und ähnlich wurde die Hauss auf dem Goldmarkt genannt. Tatsächlich, wie in den Zeiten des Wilden Westens rannten Glückssieger und Geschäftemacher der schwindelerregenden Preissteigerung des Edelmetalls nach. Um 700 Prozent stieg der Goldpreis in zweieinhalb Jahren - über Hintergründe und Folgen wird wenig gesprochen; es sei denn, um einmal mehr zu belegen, dass eben Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. Gelobt also sei die Marktwirtschaft, auch wenn durch sie Gold und Brot, Erdöl und Freiheit immer teurer werden!

Wie spielt denn nun die Marktwirtschaft mit dem Gold? Die Weltproduktion beträgt jährlich etwa 2000 Tonnen, davon stammt die Hälfte aus Südafrika, ein weiteres Viertel aus der UdSSR. Von dieser Menge werden nur einige hundert Tonnen jährlich als Werkstoff verwendet, zum Beispiel in der Elektronik, der Zahntechnik, zur Herstellung von Schmuck. Der weitaus grösste Teil des vorhandenen Goldes hat jedoch eine ganz andere Aufgabe: Gold repräsentiert Reichtum und soll diesen gleichzeitig auch sichern. Diese Funktion hatte Gold (und Silber) schon in den antiken Kulturen, und der enge Zusammenhang zwischen Gold und Geld besteht seit den ersten geprägten Münzen. Durch die weltweite Ausbreitung des Handelsverkehrs wurde Gold ein verbindliches Zahlungsmittel, das heisst, weil es überall gleich hoch geschätzt wurde, erhielt es die zusätzliche Funktion eines Wertmassstabs für wirtschaftliche Güter aller Art.

Diese beiden Funktionen des Goldes, nämlich Wertaufbewahrungsmittel einerseits und Zahlungsmittel andererseits, sind auch heute noch wichtig für das Funktionieren der Weltwirtschaft. Sie können aber nur erfüllt werden, wenn Gold in überschaubarer Beschränkung vorhanden ist und nicht wie etwa Banknoten beliebig vermehrt werden kann.

Diese Voraussetzung wird dadurch gesichert, dass etwa die Hälfte des Gold-

bestands von den Staatsbanken als Goldschatz gehortet wird und die Goldproduktionen jährlich nur beschränkte Mengen auf den Markt bringen. Die andere Hälfte des Goldes dagegen ist im Besitz grosser privater Financiers und wird mehr oder weniger frei gehandelt.

Da Gold Sicherheit bedeutet, ist die Nachfrage immer dann am grössten, wenn das Kapital Sicherheit sucht. So haben der Stabilitätsverlust des US-Dollars, die unsicheren politischen Verhältnisse und die ungünstigen Wirtschaftsprognosen für 1980 im letzten Jahr zu einer besonders grossen Nachfrage nach Gold geführt, was explosive Preissteigerungen brachte. Ein Beispiel: Nach der Sperrung der iranischen Guthaben in den USA beizien sich viele erdölproduzierende Länder ihre (unsicher gewordenen) Dollar Guthaben abzustossen und für unzählige Milliarden Gold zu kaufen. Der dadurch provozierte Preisauftrieb verlockte viele Goldbesitzer dazu, Teile ihres Bestands zu verkaufen. Solange sich Käufer, auch zu immer höheren Preisen, finden, lässt sich die Spirale von Preis und Profit munter drehen, denn: Sicherheit hat heute für die Reichen dieser Welt einen hohen Wert.

Jedoch: Gold kann als Wertaufbewahrungsmittel und als Zahlungsmittel nur so viel Wert widerspiegeln, wie überhaupt wirtschaftliche Güter vorhanden sind. Und da hapert's. Der 700prozentigen Preissteigerung steht eine nicht annähernd vergleichbare Steigerung der Güterproduktion gegenüber. Beim heutigen Goldpreis entspricht die Aufwertung des Wertbestands von etwa 100 000 Tonnen etwa 30 000 Milliarden Schweizer Franken, das heisst der Weltgüterproduktion von einigen Jahren. Die Fata Morgana des Goldreichtums kann sich deshalb schnell in eine Wüste der Güterarmut zurückverwandeln.

Aber nicht nur dieses Ungleichgewicht bedroht die Funktionen des Goldes in der Weltwirtschaft. Wenn viele grosse Goldbesitzer gleichzeitig auf die Idee kommen, ihr Gold mit dem heute möglichen Profit zu verkaufen, ist sogar ein Zusammenbruch des Goldpreises möglich. Dann hätte das labile Gleichgewicht zwischen Profit und Sicherheit so einseitig auf die Profitseite ausgeschlagen, dass das Gold viel von seinem Glanz als Sicherheitsträger einbüsst und diesen vielleicht nie wiederfinden würde. Dies würde bedeuten, dass die Goldschätze der Banken ihren symbolischen und realen Wert verlieren.

Um dies zu vermeiden, haben die Grossbanken und Börsen mit dem Schlussbuckett eines schwungvollen Weihnachtsgeschäfts versucht, den Goldhandel zu beruhigen. Auch einige Erdölländer haben diese Beruhigung bewirkt. Sie kamen nämlich darauf, dass es für sie sicherer sein könnte, ihre Erdölproduktion zu limitieren und ihren Reichtum in Form von Erdöl im Boden zu speichern. Dies ist eine Tendenz, die im wirtschaftlichen Denken der Mächtigen immer wieder erscheint: Rohstoffe und Produktivkräfte allein sind entscheidend, wozu noch Gold? Aber auch die Unsicherheitsfaktor in der Weltwirtschaft schwingt das Bedürfnis nach einer festen Bezugsgrösse immer wieder obenaus, und das Gold ist bis heute nicht entthront.

Im Gewirr dieser Fäden, die weit über seinem Kopf gezogen werden, ist der kleine Mann hoffnungslos verloren - aber mit unerschütterlichem Optimismus und ebensolcher Naivität haben viele kleine Männer geglaubt, durch Goldkäufe reich zu werden. Wer aber mit dem Gold nicht spekulieren kann (und dazu braucht es grosse Mengen), wird kaum viel daran verdienen. Er riskiert, darauf sitzenzubleiben, hat Kapital ohne Verzinsung und wird bei sinkenden Preisen, von Angst erfasst, sein Gold verkaufen, um nicht alles zu verlieren. Philipp Leutenegger

Wegen Verleumdung verklagt

BBC auf der Anklagebank

Der Badener Elektrokonzern Brown, Boveri & Cie. AG (BBC) wollte sich mit Gegenbeschuldigungen vom Verdacht reinwaschen, Verbindungen zu brasilianischen Rechtsterroristen zu haben. Jetzt muss der Konzern in dieser trüben Sache auf die Anklagebank: der von BBC Beschuldigte klagte.

fn. Vor einem Aargauer Richter soll die von der Arbeitsgruppe dritte Welt und der Erklärung von Bern im November 1979 aufgeworfene Frage nach den Beziehungen der brasilianische BBC-Tochter zu einer Todesschwadron-Organisation geklärt werden (vgl. «das Konzept» 12/79). Multi-Kritiker Kurt Rudolf Mirow, der mehrmals Opfer von Terroranschlägen geworden ist, will sich Vorwürfe von BBC-Direktor Heinz Haussmann («Herrn Mirows Phantasie, unwahre Behauptungen und Verleumdungen sind seit Jahren notorisch») nicht gefallen lassen. Mirow klagt wegen Verleumdung oder zumindest Ehrverletzung.

Der deutsch-brasilianische Elektronunternehmer, Autor von Büchern über Kartellfragen mit einer weitverbreiteten Auflage von rund 200 000 Exemplaren, avancierte zum Experten der Uno-Wirtschafts- und -Entwicklungsorganisation Unctad, nachdem er während Jahren die Tätigkeit des Elektrokartells IEA (International Electrical Association mit Sitz

in Pully VD) beobachtet hatte. Das Kartell, in dem die BBC eine führende Rolle spielt, drängte in Brasilien die einheimische Elektroindustrie durch rigorose Billigpreispolitik (Dumping) fast vollständig aus dem Markt. BBC Brasilien erzielte im Jahr 1968 einen -konzernintern gedeckten - Verlust in der Höhe des gesamten Umsatzes!

Ein Prozess gegen die brasilianische BBC-Tochtergesellschaft

Ein Prozess gegen verschiedene Elektromultis, darunter BBC, wegen unlauteren Wettbewerbs ist immer noch hängig. Im Rahmen dieses Verfahrens gab Oswaldo Ballari, Verwaltungsratspräsident der BBC Brasilien, zu, Geschäftsbeziehungen mit der PR-Firma eines Robert Lentz Plassing zu unterhalten. Plassing und seine Firma sind in Brasilien für die Erledigung besonderer Public-Relations-Aufträge bekannt: Repression, Folter, Mord.



Bani Sadr, der neue Präsident Irans, will den Problemen seines Landes mit Entschiedenheit entgegenreten. So fordert er unter anderem auch ein neues «Arbeitsklima»: Keine Untergebenen und Vorgesetzten mehr sollen zusammen arbeiten, sondern «Brüder» und «Kollegen». Alle Menschen werden... Davon träumen ja viele, aber ob der Weg Bani Sadrs Erfolg bringen wird? Denn nicht auf Gesetzesebene sieht er eine Verankerung der neuen Arbeitsverhältnisse; er sieht sie kommen durch die Anmiefähigkeit der neuen Manager.

Teuer verkaufte SVP-Nationalrat Ulrich Graf (ehemals «Republikaner») im Zürcher Prozess gegen den Tötung seiner Ehefrau angeklagten Winterthurer Goldschmied W. K. seine Zeugenhaft. Für seinen Freund stieg Graf, Dr. ur., eine Viertelstunde in den Zeugenstand und bezog ein geradezu fürstliches Honorar von 250 Franken. Gewöhnliche Zeugen erhalten für ähnliche «Freundschaftsdienste», wie sich Graf ausdrückte, 30 Franken...

Zum Tod von Alfred Andersch

Vermächtnis, die Freiheit betreffend

Von Jürg Weibel

Alfred Andersch schrieb Ende der fünfziger Jahre ein Hörspiel mit dem Titel «Der Tod des James Dean». Als ich es als Sechzehnjähriger am Radio hörte, war ich lange Zeit wie gelähmt. Andersch hatte darin die Musik von Miles Davis mit der Lebensgeschichte von James Dean und Allen Ginsbergs unerhörtem Gedicht «Geheul» zu einem einzigen Poem von Verzweiflung, Auflehnung und Alleinsein verarbeitet, das mich ins Innerste traf. Miles Davis war damals mein Gott. Seine kühlen, traurigen und doch schneidenden Trompetentöne erschienen mir wie Musik von einem anderen Stern. Die darin eingefangene Einsamkeit drückte mein ganzes Lebensgefühl aus.

Da Davis mein Gott war, wurde Andersch sein Hohepriester. Ich las alles von ihm, was ich in die Finger kriegen konnte. Das meiste verstand ich nicht. Aber das war unwichtig. Wichtig war, dass Andersch ein Dichter war, der er was von Jazz verstand. Und dass er ein Amerikaner Ginsberg nahegebracht hatte, der Dichter und Jazzfan war. Jazz bedeutete damals Auflehnung gegen Unterdrückung und Befreiung von Zwängen, wie sie Elternhaus, Schule und die

gesellschaftliche Moral im kalten Krieg einem auferlegten.

Andersch wurde für mich so zum Dichter der Freiheit, bevor ich begriffen hatte, dass es in seinen Büchern um Freiheit, Auflehnung und Emanzipation geht.

Zum Dichter der Freiheit wurde er auch für Literaturkritiker und Deutschlehrer. Aber in einem andern Sinn. Andersch wurde zum Symbol des Kommunisten, der seiner Lehre abgeschworen hat: wie Gregor in «Sansibar oder der letzte Grund» oder wie Fabio im Roman «Die Rote». Er war der seltene Fall eines Schriftstellers, bei dem Leben und Werk übereinstimmen.

So haben wir es in der Schule und später auf der Uni gehört. Und so konnte «Sansibar» für Generationen von Deutschlehrern zur antikomunistischen Streitschrift par excellence werden. Als ich Alfred Andersch vor einem Jahr auf diesen Tatbestand aufmerksam machte, zeigte er sich betroffen und meinte, er müsse das berichtigen. Der geeignete Ort dafür schien ihm der autobiographische Roman zu sein, an dem er eben arbeitete. Es bleibt zu hoffen, dass er noch Zeit dazu fand.

Andersch ein Antikomunist! Diese absurde Fiktion, lange und geschickt auf-

rechterhalten, zersprang, als er, der lange geschwiegen hatte, sich zur Situation in der BRD zu äussern begann. Sein Poem gegen die Berufsverbote, worin er die Hatz auf Kommunisten und andere Linke mit den Verfolgungen in Nazi-Deutschland verglich, passte vielen nicht ins Image, das sie genüsslich von ihm verbreitet hatten. Kläffler meldeten sich, um ihn zum Schweigen zu bringen. Das misslang.

Andersch meldete sich weiter zu Wort. Zum Thema Arbeitslosigkeit*, zur Neutronenbombe, zur Kapitalismuskritik überhaupt. In seinem «Öffentlichen Brief an einen sowjetischen Schriftsteller, das Überholte betreffend» betonte er: «Ich selber halte mich für überzeugt, dass der Kapitalismus nicht mehr imstande ist, die Probleme zu lösen, die er selber erzeugt hat, und dass sie nur gelöst werden können durch Sozialismus, durch die weltumspannende Planung sozialistisch organisierter Arbeit.

Mit dem Tod von Alfred Andersch verliert die Linke einen grossen Mitkämpfer in Sachen Freiheit. In seinen Werken besitzt sie ein dichterisches und politisches Vermächtnis, das es weiterzutragen gilt.

* Vgl. das Gedicht «Zwölf Strophen über die Arbeitslosigkeit», in «das Konzept» Nr. 1/77. Vgl. auch «das Konzept» Nr. 3/79.

Andererseits

Von Alfred Andersch

<p>1.</p> <p>andererseits schreibe ich schon lange nicht mehr nur für mich</p> <p>wie ich früher immer behauptet habe wenn ich gefragt wurde für wen schreiben Sie</p> <p>seit einiger zeit weiss ich dass ich</p> <p>für andere schreibe</p> <p>literatur ist mitteilung</p> <p>sogar den satz der himmel ist blau schreibe ich doch nur um anderen mitzuteilen dass der himmel blau ist denn bloss um mich selber daran zu erinnern dass der himmel in einem bestimmten tag blau gewesen ist muss ich ja nicht unbedingt schreiben nur weil ich anderen mitteilen will der himmel sei an dem und dem tag blau gewesen</p> <p>denn in einer erzählung kann es wichtig sein</p>	<p>dass der himmel am 10. oktober 1944 blau und nicht grau war - «der held und sein wetter»</p> <p>2.</p> <p>wer aber sind die anderen</p> <p>die anderen sein die hölle</p> <p>hat sarrte gemeint von allen schriftstellern meiner zeit derjenige der mich am stärksten bewegt hat</p> <p>ich liebe sarrte</p> <p>ich bewundere viele schriftsteller einige liebe ich</p> <p>aber auch in dieser hinsicht bin ich nun gelassener geworden</p> <p>ich glaub nicht mehr daran dass wir uns von hölle zu hölle grüssen</p> <p>die anderen sind nicht die hölle höchstens die einsamkeit</p> <p>monaden sind wir nicht einmal fensterlos</p>	<p>3.</p> <p>am liebsten schreibe ich jetzt für freunde genossen</p> <p>aber noch immer nicht für arbeiter bürger adelige sondern für menschen und erst allmählich es gibt eben grossen die fallen langsam</p> <p>begreife ich was es heisst für menschen zu schreiben</p> <p>es heisst gegen menschen schreiben die andere menschen unterdrücken foltern töten</p> <p>grabmäler will ich setzen dem unbekanntem sadistischen ehemann und den bekanntem blutthunden von chile und teheran</p> <p>denn jene anderen menschen sind für die ich schreibe davon dass es misslingt oder geingt sie zu unterdrücken hängt es ab ob meine bücher gesehen werden oder verbrannt</p>	<p>eine einfache egoistische überlegung ich drehe den satz nicht um ich bilde mir nicht ein meine leser würden sich schon nicht unterdrücken lassen lassen sie nur meine bücher sodass sich denn niemand zu wundern braucht wenn ich von dem satz der himmel ist blau literatur ist mitteilung zu dem satz komme empört euch</p> <p>Postscriptum</p> <p>indessen will ich mich nicht besser machen als ich bin</p> <p>zwar schreibe ich jetzt nicht mehr nur noch für mich</p> <p>andererseits schreibe ich nur was mir spass macht</p> <p>ausgeschlossen sagen viele vergnügen schliessen sich aus</p> <p>ich aber schreib's in eine zeile</p> <p>empört euch der himmel ist blau</p>
---	---	---	--

Das «konzept»-Kurzinterview des Monats



Kurz, schnurz und nur leicht umgebogen.

Heute mit Markus Gryffel, meisterlicher Mittelstreckenläufer, Möchtegernteilnehmer an der Moskauer Olympiade 80.

dk: Sie haben bekanntlich im Wahlkampf 1979 öffentlich Partei ergriffen für den Mentor des helvetischen Ski-Spitzensports, SVP-Nationalrat Adolf Ogi. Die SVP ist jetzt aber für einen Boy ...

Gryffel: ... ködern für eine politische Aussage können Sie mich damit nicht! Dazu sage ich gar nichts, höchstens dass ich für eine saubere Trennung von Sport und Politik bin.

dk: Also kommt Ihnen der ganze Rummel, ausgerechnet in Ihrem Endspurt, unlegen?

Gryffel: Man liegt, wie man sich bettet. Ich liege aber nicht, ich laufe seit vier Jahren ununterbrochen nur mit einem Ziel: Moskau 80. Ausserdem renn' ich für mein Leben ...

dk: ... das haben wir gern. Aber Sie wollten etwas zu Ihrem Lebensunterhalt sagen: Was meinen Sie zum Geschäft mit dem Sport?

Gryffel: Da habe ich eine klare Antwort parat. Ich bin Amateur, adia interim.

* Dieses Gedicht bezieht sich auf das früher entstandene Gedicht «Auf dem Reichstag». Beide sind im Band «empört euch der himmel ist blau» (Diogenes, 1977) enthalten.

VSS-Broschüre* und Seminar zur Ausbildungsfinanzierung

Von Marianne Ulmi, VSS

Das Recht auf Ausbildung

In Sachen Bildungspolitik reicht das Geld jetzt schon nirgends hin. Der Bundesrat schlägt trotzdem eine 10prozentige Kürzung auch in diesem Bereich vor. Der Bund versucht die Finanzlast auf die Kantone abzuwälzen, und die versuchen ihrerseits den Druck weiterzugeben. Soll der einzelne Student für eine verfehlte Bildungspolitik den Kopf hinhalten?

Als erster Kanton droht Zürich, gewisse Studien – bzw. deren «Heimatkantone» – nach einem verschlüsselten Kopfquotensystem zu besteuern, um seine Hochschule mitzufinanzieren. Derselbe Kanton dokumentiert seinen Bildungsgeiz gleich noch mit dem rasantesten Stipendienabbau in der Schweiz: Seit 1974, als unter dem Druck des «Lausanner Modells» das Stipendienwesen ausgebaut worden war, sind die Leistungen von 30,5 auf 23 Millionen Franken abgebaut worden. (Wohlgemerkt, bei 20 Prozent Teuerung und steigenden Studentenzahlen!)

Sparen am falschen Ort

Auch in den andern Kantonen werden die Stipendienleistungen eher ab dem zunehmenden, real zeichnet sich eine «Stabilisierung des Stipendienabbaus» ab. Die heutigen Ungerechtigkeiten im Stipendienwesen – zum Beispiel regionale Benachteiligungen – bleiben somit auf Weiteres bestehen.

VSS logo and address: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Erlachstrasse 9, 3012 Bern, Tel. (031) 23 28 18

denwesens – zum Beispiel regionale Benachteiligungen – bleiben somit auf Weiteres bestehen.

In dieser Situation wandte sich der VSS vehement gegen weitere Subventionskürzungen im Bildungsbereich, insbesondere dagegen, dass die kantonalen Stipendienleistungen ab 1983 überhaupt nicht mehr vom Bund unterstützt werden sollen. Denn durch die Sparübungen bei der Bildung werden die sozial schlechtergestellten Schichten noch einmal diskriminiert. Der Anteil der Studenten aus Arbeiterfamilien ist heute bereits im Abnehmen begriffen.

Bildungspolitik auf Kosten der Bildungswilligen?

Der VSS hat die Ausbildungsfinanzierung zu einer seiner Hauptaufgaben gemacht. In einem gemeinsam mit der Stipendienkommission VSU/VSETH, SUB, VSS, zu bestellenden bei: VSS, Erlachstr. 9, 3012 Bern (031) 23 28 18).

bildungs-news

Politologen-Beamtenwahl in Zürich

An der Philosophischen Fakultät I in Zürich hat wieder einmal ein reichlich sonderbares Berufungsverfahren stattgefunden. Es geht um den neugeschaffenen (und für die Schweiz ersten) Lehrstuhl für schweizerische Innenpolitik. Gegen den Willen der Fakultät – Parallelen zur Wahl Sazers zum Publizistikprofessor sind ungewollt und rein zufällig – schlugen Hochschulkommission und Erziehungsrat dem Zürcher Regierungsrat den nur in engsten Fachkreisen überhaupt bekannten Bundesbeamten Ulrich Klöti zur Wahl vor. Der von der Fakultät gewünschte Raimund Germann (zurzeit PD Uni Genf) lag aussichtslos an zweiter Stelle. Andere Kandidaten waren gar nicht erst auf die Liste gekommen. Insbesondere fehlte der Name Leonhard Neidhart (Mitautor des Forschungsberichts «Ursachen der gegenwärtigen Stimmabstimmungen in der Schweiz», für den vor Jahren der Lehrstuhl ausdrücklich offen gehalten worden war – bis zur Fertigstellung seiner Habilitation (erfolgte 1972).

Habilitiert ist nun Klöti zwar nicht (ja sie wird ihm nun sogar erlassen), und die nachträglich zurückgezogene Begründung für seine Nominierung tönt auch nicht gerade überzeugend: Als Bundesbeamter komme er aus der Praxis und vermittle nicht nur eine abstrakte Disziplin. Die plötzlich aktuelle Berufsbeziehung der Hochschule in Ehren, aber muss denn der Praxisbezug von Politikologie gleich auf eine Diplomaten- bzw. Bundesbeamtenkarriere hinauslaufen?

Aber Klöti ist so freisinnig wie Frei, der ausserpolitische Politikologieprofessor Zürichs, und macht als publizistischer Beamter ausserdem kaum Anstalten, Frei etwas von seinem repräsentativen Glanz – wie er etwa anlässlich des Kissinger-Be-

pendienkommission des VSU/VSETH (Zürich) und der SUB (Bern) erarbeiteten «Memorandum zur Ausbildungsfinanzierung» sind die künftigen Aktivitäten in diesem Gebiet vorgezeichnet. Das Papier beinhaltet zudem Skizzen über die rechtlichen Grundlagen schweizerischer Bildungs- und Stipendienpolitik, einen historischen Abriss und grundsätzliche Überlegungen zur Ausbildungsfinanzierung. Anknüpfend an die im

Breitere «höhere Schule»

Die Aufgaben des Staates im Bereich schulischer Ausbildung wachsen mit den steigenden Schüler- und Studentenzahlen. Dies steht fest. Unsicher ist aber, ob diese Aufgaben auf föderalistischer Grundlage bewältigt werden können, ohne dass regionale und soziale Ungerechtigkeiten produziert werden. Die Finanzierungsprobleme, vor denen die Bildungspolitik vor dem Dienst jetzt stehen, manifestieren das Scheitern einer Bildungspolitik auf Bundesebene. Das Nein des Volkes zu einem vermehrten Engagement des Bundes kann jedoch nicht einfach mit einer generellen Bildungsfeindlichkeit abgetan werden (die sich an den Hochschulen die Studenten womöglich noch selbst eingebrockt hätten!). Es ist als Absage an denjenigen Begriff von Bildung zu verstehen, der jetzt in weiten Bereichen den Ausbildungsgang dominiert. «Höhere Bildung», geronnen zum Erwerb von Kenntnissen und Privilegien, die materiell nur zum eigenen Vorteil oder zum Profit der Industrie verwertet werden, erfolgt nicht mehr «zum Nutzen des Volkes».

Die Finanzschwierigkeiten der Hochschulen werden andauern, trotz Mitfinanzierung durch die Nichthochschulkantone und auch ohne weitere Kürzungen von Subventionen. Nach einer Phase relativer Öffnung wird deshalb jetzt schon – auch ohne NC – versucht, den Zugang zu den Hochschulen wieder zu erschweren. Erreicht und praktiziert wird das durch restriktive Zulassungsbedingungen, inneruniversitäre Selektion und Stipendienabbau. Statt neue bildungspolitische Inhalte zu suchen, wird ein Schritt zurück zum akademischen Treibhaus des Bildungsbürgertums gemacht. Das Argument des Sparens im Bildungsbereich ist gerade je-

nen Vorwand genommen, die sich von einer offenen, vergesellschafteten Universität ohnehin nichts Gutes für ihre Position versprechen. Der mangelnde Wille, ein System der Ausbildungsfinanzierung zu schaffen, das Chancengleichheit und Elternunabhängigkeit ermöglicht, ist an den bildungspolitischen Zielen, nicht zuletzt der Gewerkschaften, zu messen. Am Seminar «Für eine gerechte Ausbildungsfinanzierung» ist dieser Aspekt zu betonen. Vielleicht werden dort bildungspolitische Perspektiven einsichtig, mit denen der Kampf gegen die offensichtliche soziale Diskriminierung im Bildungsbereich geführt werden kann.

Erlich Kuster, VSU (Verein Studierender an der Uni Zürich)

«Lausanner Modell» aufgenommene Idee der Elternunabhängigen Studienfinanzierung, werden die soziale Lage sowie das studentische Selbstverständnis besprochen.

Dieses ausführliche und fundierte Memorandum soll Grundlage des Seminars «Für eine gerechte Ausbildungsfinanzierung» sein, das am 19./20. April stattfinden wird. Vorgesehen sind Informationen, Aktionen, Kommunikationen mit Studentenpolitikern, Gewerkschaften, Bildungspolitikern und Stipendienfachleuten – alle interessierten Studenten sind willkommen. Anfang Sommersemester wird ein detailliertes Programm mit Anmeldeatol veröffentlicht.

Studentenstreik in Bern

Zum neuen Studienreglement für die Rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Uni Bern hatten die Studenten nichts zu sagen. Um gegen die Inkraftsetzung des von den Professoren einseitig verschärften Reglements zu protestieren, traten sie am 28./29. Juni 1979 in den Streik («das konzept» 7/8, 1979: «Schüleris darf nicht Schule machen», für 1.80 Fr. bei der Redaktion). Eine Dokumentation zu den Vorfällen mit Zeitungsartikeln, Flugblättern, Photos und Analysen ist jetzt erschienen.

Streikdokumentation R+WW-Fakultät, 160 Seiten, gebunden, 5 Fr. Zu bestellen bei Studentenschaft der Uni Bern (SUB), Erlachstrasse 9, 3012 Bern.

das konzept Tip

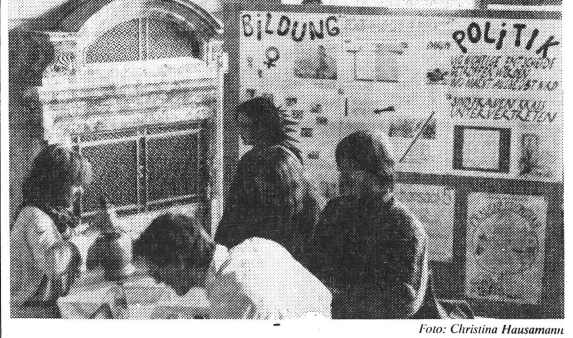
Betreuer(innen) für Kinder gesucht

Rund 500 benachteiligte Kinder aus europäischen Sozial- und Obdachlosensiedlungen verbringen jährlich drei Ferienwochen in der Schweiz. Organisiert werden diese Ferienlager vom politisch und konfessionell unabhängigen Hilfswerk Aktion im Dienste des Bruders, das sozial benachteiligten Kindern und deren Familien durch die Erholungsmöglichkeit und die Betreuung am Wohnort bei der Bewältigung ihrer Probleme helfen will. Für die Sommerlager 1980 sucht das Kinderhilfswerk noch rund 50 Betreuer(innen), die sich für einen mehrjährigen Einsatz bereit erklären können. Die Ferienlager sollen den Kindern nicht nur körperliche Erholung bieten, sondern vor allem auch Werte und Erfahrungen im zwischenmenschlichen Bereich bieten und durch möglichst langjährige Kontakte zu den Betreuern Kontinuität in der Beziehung herstellen. Voraussetzung für Betreuer(innen) ist deshalb: Mindestalter von 19 Jahren, Erfahrung mit (z. T. schwierigen) Kindern und Verständnis für die Probleme sozialer Randgruppen. Das Hilfswerk wendet sich vornehmlich an die Lagerteams um die Nachbetreuung am Wohnort (Schweiz/Frankreich/Italien/Deutschland). Unveränderliche Auskunft erteilt: Aktion im Dienste des Bruders, Würzenbachstr. 54, 6000 Luzern 15, Telefon (041) 31 22 47, Odette Feilisti verlangen.

«Emma» für Kinder

«Bilderbücher gibt es viele, sie sind unweilbewusst, künstlerisch wertvoll, sozial, informativ; aber zu 90% zeigen diese Bücher das traditionelle Rollenverhalten.» Zu diesem Schluss kam eine Arbeitsgruppe der Ofra (Organisation für die Sache der Frau), Zürich, die sich speziell mit der rollenspezifischen Erziehung von Mädchen und Knaben auseinandersetzt. Sie stellte eine Liste von Bilderbüchern mit emanzipatorischem Inhalt zusammen, die Männer-/Frauen-Rollenpanzer ansatzweise sprengen; Bilderbücher, in denen Mädchen und Frauen auch aktiv, Männer zum Beispiel auch ängstlich sein können.

Die Liste ist erhältlich bei: Annemarie Barco, Steinhaldenstr. 53, 8002 Zürich. Sie wird auch in einschlägigen Buchhandlungen aufliegen.



Frauenaktionstag an der Uni Bern

Ein Sonderrecht auf Bildung

Der Frauen-Aktionstag an der Uni Bern Mitte Februar bildet, so hoffen wir, nur den Anfang der Diskussion über Frauen in Studium, Beruf und Familie; die Aufarbeitung frauenrelevanter Themen, die Wahrnehmung und Durchsetzung feministischer Anliegen stehen an. So oft auch «fortschrittliche» und «linke» Forderungen vertreten (und seltener durchgesetzt) werden konnten, feministische Fragestellungen sind bisher kaum ausdrücklich formuliert worden. Kein Wunder: Auch an der Uni Bern sind die Frauen krass untervertreten (knapp ein Viertel der Studierenden), vor allem in den «zukunftsweisenden» naturwissenschaftlichen Studienrichtungen. Und die Wissenschaftler ihrerseits lässt meistens die Frauen ausser Betracht: Wenn überhaupt kommen sie als Randerscheinung, als Abwechslung von der Regel vor. In der Geschichte erscheinen Frauen bestenfalls als Geliebte eines berühmten Mannes; in der Ökonomie wird vielleicht beiläufig erwähnt, dass die Arbeit der Hausfrauen, da nicht berechenbar, auch nicht im Volkseinkommen berücksichtigt werden könne – und eigentlich gar nicht der Mühe wert sei, untersucht zu werden.

deofilm über einige Gruppen der Frauenbewegung.

«Geht doch mit eurer Ausstellung in eine Fabrik, dort sind die Frauen wirklich ausgebeutet! Was soll die Diskussion, ob mit oder ohne Männer gegen diese Gesellschaft kämpfen, das versteht doch niemand!» So werden wir «privilegierten Frauen» am Aktionstag oft gefragt oder angegriffen. Was heisst denn für uns, von unserer eigenen Betroffenheit auszugehen, wenn wir ja offensichtlich, im Vergleich zu anderen Frauen, privilegiert sind? Haben wir dann noch das Recht, etwas zu verlangen? Ja, das haben wir! Von der eigenen Betroffenheit ausgehen heisst nicht, sich von anderen Frauen abzusondern, gegen sie eigene Privilegien zu erkämpfen, sondern sich als Teil einer heterogenen Frauenbewegung zu verstehen. Wir müssen keine Spaltung betreiben, aber wir können nicht unsere Unterdrückung verleugnen und uns nur für die am stärksten Betroffenen einsetzen.

Wir können uns zwar ausbilden lassen; wir sind nicht in der Situation der Frau, die neben einer schlecht bezahlten Erwerbsarbeit allein die unbezahlte Arbeit im Haushalt erledigen muss, die Kinder trösten, die Aggressionen des Mannes ertragen usw. Aber viele von uns werden einmal zwischen Kindern und Beruf wählen müssen, denn diese Wahl ist praktisch kein einziger Mann bereit zu treffen (die Hausmänner der Schweiz kann man sicher müheolos zählen). Und wenn wir die Wahl zugunsten des Berufs treffen, sind wir «Karrierefrauen» und, falls wir schon Kinder haben, ganz bestimmt richtige Rabenmütter. (Wo sind denn die Rabenwänter? All die Väter, die fürs Wohl ihrer Familien 10 Stunden ausser Haus erwerbstätig sind – wer hat ihnen je den Vorwurf gemacht, sie würden ihre Kinder vernachlässigen?) Ausserdem werden wir immer viel besser qualifiziert sein müssen als ein Mann, um eine Stelle zu bekommen und sie nicht als erste wieder zu verlieren. Das alles ist Grund genug, schon an der Uni etwas zu machen – auch für die Situation an der Uni, wo wir die defizitäre Ausnahme von der Regel darstellen. Marianne Müller-Högstedt

Die vor knapp einem Jahr gegründete Frauen-Unitruppe hat sich daran gemacht, die Wissenschaft vom feministischen Standpunkt aus anzugehen, all die Fragen zu klären, die sonst aussser acht gelassen werden. Doch es ging uns auch darum, an die Öffentlichkeit zu treten, unsere Bildung nicht nur im fast geschlossenen Kreis nachzuholen. Die Vorbereitung des Frauen-Aktionstages war für uns etwa 20 Frauen sehr wichtig, vielleicht wichtiger als allfällige «Ergebnisse» des Aktionstages selber. Wir haben uns grüdnlich auseinandergesetzt mit der offensichtlichen und versteckten Diskriminierung der Frauen in Bildung und Beruf, mit der tatsächlich bestehenden Unvereinbarkeit von Beruf und Familie, mit persönlichen Erlebnissen und Problemen im Unibetrieb. Greifbares Ergebnis dieser Diskussionen: eine Ausstellung zu diesen Themen, welche wir im Erdgeschoss der Uni zeigten, und ein selbstgedrehter Vi-

Das neue Sparmesser des Bundesrats

Weniger Geld für Unis

rk. Der Bundesrat will die Beiträge für Bildung drastisch kürzen: Damit stützt er allerdings auch die Chancen für eine Demokratisierung im Bildungsbereich. 10 Prozent weniger Geld heisst 10 Prozent weniger Studenten, 10 Prozent weniger Forschung. Und so weiter.

Die Ausgaben für Berufsbildung machen 1,4 Prozent des Bundeshaushalts aus, für Forschung sind es 2,7 Prozent und für die Hochschulen 4,5 Prozent (Zahlen für 1980). Anfang Februar verkündete nun der Bundesrat seine Absicht, die Bundesbeiträge linear um 10 Prozent zu kürzen. Über Ausnahmen will der Bundesrat selber entscheiden. Im Bereich Hochschule und Forschung sieht die Bundesrat keine Ausnahme geben: «Trotz der auch hier unumgänglichen linearen Beitragskürzung um 10 Prozent in den Jahren 1981 und 1982 sollten die angestrebten Ziele erreichbar sein.»

Uni-Gesetzen für Bern und Zürich sind Zulassungsbeschränkungen schon eingebaut. Der Weg ist klar.

Der VSS hat gegen den Kürzungsbeschluss protestiert: «Massnahmen zur Entlastung des Bundeshaushalts auf das Bildungswesen auszuheben kommt unserer Meinung nach einer Absage an die Chancengleichheit als Ziel der Bildungspolitik gleich. Mit solchen Abbauvorhaben widerspricht die Regierung ihren eigenen Richtlinien, der Aufrechterhaltung des freien Zugangs zu den höheren Bildungsinstitutionen sowie der Sicherung der bisherigen Leistungsfähigkeit und Qualität der Forschung.»

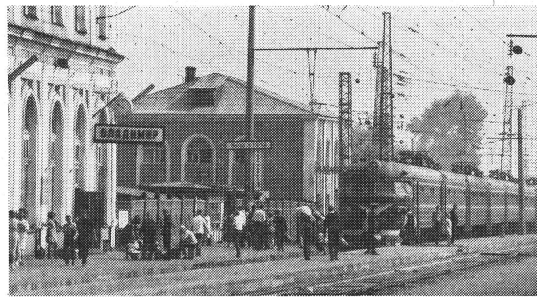
Lieber spät als nie... nehmen wir das Geld fürs «konzept»-Abo 80 entgegen. Für alle, die vor kurzem eine Mahnung bekommen haben: PC 80-37626.

Die Transibirische Eisenbahn: Einsteigen und fahren und fahren...

Der SSR organisiert auch diesen Sommer wieder Reisen mit der berühmten Transibirischen Eisenbahn, die quer durch Russland von Moskau bis nach Nohodka am Pazifik führt: Die 9500km lange Fahrt stellt eine der faszinierendsten Zugstrecken der Welt dar. Zar Alexander III und sein Thronfolger Nikolaus II liessen die "Transsib" in den frühen 90er Jahren des 19. Jahrhunderts erbauen. Primäre Motive zu diesem grossangelegten Unternehmen waren strategischer Natur (Expansion und Verteidigung des Russischen Reichs in Nordostasien), aber auch demografische Gründe (Kolonisierung Sibiriens wegen der Ueberbevölkerung im europäischen Teil Russlands) spielten eine wichtige Rolle. Während und nach der Oktoberrevolution und unter Stalin diente die Bahn primär Truppen- und Gefangenentransporten. Die zunehmende Erschliessung Sibiriens nach dem 2. Weltkrieg liess die wirtschaftliche Bedeutung der "Transsib" in den Vordergrund treten. Und vermehrt erkannten mit der Zeit auch die Touristen die vielschichtige Attraktion dieser geheimnisumwitterten Fahrt in den fernen Osten.

Für SSR-Reisende beginnt die "Transsib" in Nowosibirsk - die Strecke Moskau - Nowosibirsk wird per Flugzeug zurückgelegt. Nowosibirsk, die Hauptstadt Westsibiriens, ist mit der Bedeutung der Eisenbahn gewachsen: vom einstmaligen kleinen Bauerndorf zum grossen Industriezentrum zum Eisenbahnknotenpunkt - eine typische sibirische Pionierstadt! Am 6. Tag der Reise, abends, besteigt man den legendären Zug zur Fahrt nach

Irkutsk, die Stadt in der Nähe des berühmten Baikalsees. Das anfangs flache, waldige Gebiet, die Taiga, wird zusehends gebirgiger. Der Zug fährt an verschiedenen Industrieorten vorbei, an Flüssen entlang, auf denen Baumstämme geflösst werden und durch endlose Birken- und Kieferwälder. Nach 32 Stunden erreicht die "Transsib" Irkutsk, eine aus dem 17. Jahrhundert stammende Kosaken-Siedlung, die heute neben der wirtschaftlichen Bedeutung (vor allem Pelzhandel) als Hauptstadt Ostsibiriens auch eine wichtige politische Rolle spielt. Der zweitägige Aufenthalt bietet Gelegenheit, das Alltagsleben der von der nahen Mongolei (200km südlich liegt die Grenze) geprägten Menschen zu erfahren und in der Architektur, den Denkmälern, in den Museen und der Idanow-Universität etwa, Vergangenheit und Gegenwart russischer Geschichte zu erleben. Ein Höhepunkt in bezug auf die viel-



fältigen Naturerlebnisse auf dieser Reise bildet sicher der Abstecher an den Baikalsee, ein ökologisches und biotopisches Juwel, mitten in der Taiga. Durch Fahren- und Birkenwälder, durch weite steppenartige Gegenden führt eine 68-stündige Fahrt dann nahe an der chinesischen Grenze entlang nach Khabarowsk, der Stadt an der Mündung der beiden Grenzflüsse Ussuri und Amur.

Hier wird der Reisende Gelegenheit finden, in einem Treffen mit sowjetischen Jugendlichen Gespräche über deren Probleme und Fragen der aktuellen politischen, sozialen und kulturellen Situation zu führen. Am Abend besteigt man zum letzten Mal die "Transsib", um die restlichen 900 km nach Nohodka zurückzulegen. Die Strecke führt durch den schmalen russischen Korridor, ein politisch äusserst umstrittenes Grenzgebiet zwischen China und Russland, das nur nachts durchquert werden darf.

an den Pazifik ihr Ende. Ein sowjetisches Motorschiff führt dann die Reisenden, die ein wehmütiges "dasswidanija" (auf Wiedersehen) zurücklassen, nach Yokohama. Hier, in Japan, ist damit das vom SSR organisierte Programm zu Ende.

Die Reise durch Sibirien bietet ein vielfältiges Erlebnis: Sowohl durch die Begegnungen im Zug mit den Mitreisenden - Bauern, Soldaten, Arbeiter, Familien mit Kind und Kegel -, wie auch den Rundgängen durch die verschiedenen politisch, wirtschaftlich und kulturell bedeutungsvollen Städte (hier sei noch speziell auf den 2-tägigen Aufenthalt in Moskau zu Beginn der Reise hingewiesen), hat man die Gelegenheit, ein eindrucksvolles Land und ein faszinierendes Volk kennen zu lernen. Und im Patos der Natur, in die man hier eintaucht, liegt eine Kraft und Schönheit, der man sich unmöglich entziehen kann.

Es stehen sechs Reisedaten von Juni-Oktober zur Wahl. Preis: Fr. 1550.- bis 1620.- je nach Programm. Das ausführliche Reiseprogramm ist im sechsten erschienenen SSR-Sommerkatalog abgedruckt.



Basel, Bern, Chur, Luzern, St. Gallen, Zürich

das konzept bücherservice

ausgewählt von Erika Witz Ruth Jäger Regula Reiter

Doris Lessing

Doris Lessing: **Memoiren einer Ueberlebenden. Ein utopischer Roman.** 227 S., S. Fischer/Govets-Verlag, Frankfurt am Main, 24 Fr. Nr. 303

Die Memoiren einer Ueberlebenden beschreiben eine unbestimmte nahe Zukunft. Das Leben in der Stadt ist zusammengebrochen. Die staatliche Verwaltung arbeitet nicht mehr, eine geregelte Lebensmittelversorgung findet nicht mehr statt, das Verkehrswesen und sämtliche Kommunikationssysteme sind zusammengebrochen, es herrscht Mangel an den elementarsten Dingen. Die Menschen sind ständig unterwegs, unablässig mit der Organisation des Lebens beschäftigt und auf der Suche nach Ueberlebenschancen. Viele haben ihre Häuser verlassen und ziehen, mit Vorräten und Decken beladen, in grossen Trupps irgendwo auf Land, wo es noch bessere Lebensbedingungen geben soll. Jugendliche und Erwachsene besetzen leerstehende Häuser, plündern Geschäfte, und Horden von streunenden Kindern machen der Strasse unsicher. - Dieses Chaos der Strasse beobachtet eine ältere, alleinlebende Frau - sie ist die namenlose Erzählerin - vom Fenster ihrer Wohnung aus.

Doris Lessing: **Afrikanische Tragödie. Roman.** (Originaltitel: *The Grass Is Singing*.) 240 S., S. Fischer/Govets-Verlag, Frankfurt am Main, 24 Fr. Nr. 301

Doris Lessing wurde 1919 in Persien geboren, ist als Kind englischer Farmer in Südrhodesien aufgewachsen und kam



mit 30 Jahren nach England. 1950 veröffentlichte sie ihren ersten Roman, "The Grass Is Singing", ein Afrika-Roman, der zum Bestseller wurde. Seither hat sie mehr als 20 Bücher veröffentlicht: Romane, Erzählungen, Berichte, Gedichtbände und Bühnenstücke.

Doris Lessing: **Der Zauber ist nicht verkäuflich.** Afrikanische Geschichten. 382 S., Diogenes-Verlag, Zürich, 26 Fr. Nr. 302

Doris Lessing: **Der Mann, der auf und davon ging.** Erzählungen, Band 1. 433 S., Klett-Cotta, Stuttgart, 36 Fr. Nr. 304

Textprobe aus der Phantastischen Erzählung «Bericht über die bedrohte Stadt»:

Jeder im Sonnensystem weiss, dass diese Spezies sich in einem Prozess der Selbstzerstörung oder partieller Selbstzerstörung befindet. Das ist eine Krankheit dieser Gattung. Die grossen und mächtigsten Gruppierungen - sie bilden sich aufgrund ihrer geographischen Lage - werden völlig von ihren kriegerischen Zwecken beherrscht. Vielmehr ist jede Gruppierung ein kriegerischer Zweck, da ihre gesamte Wirtschaft, ihr individuelles Leben, all ihre Massnahmen dem Bedürfnis untergeordnet sind, einen Krieg vorzubereiten oder zu führen.

Frau. Ein Handbuch über Sexualität, Verhütung und Abteubung, Schwangerschaft, Geburt, Körper und Krankheit, Klimakterium und Alter. 309 S., Frauenbuchverlag, München, 19,80 Fr. Nr. 317

Solange wir zuwenig über uns selbst, über unseren Körper wissen, solange wir die Zusammenhänge zwischen Lebensbedingungen und unseren Reaktionen darauf nicht durchschauen, können wir medizinischen Autoritäten und Interpretationen nicht kritisch entgegenzutreten. Wir brauchen dieses Wissen, damit Krankheit nicht länger das private Resignieren ist gegenüber Verhältnissen, die uns krank machen.

Mit diesem Buch wird manches entmystifiziert und Neues mitgeteilt. Privates wird öffentlich gemacht, um einander zu helfen.



Dies Handbuch hat bereits das 30. Tausend erreicht - in einem Jahr - und dürfte wohl für Mann und Frau ein wichtiges Nachschlage- und Informationswerk sein.

Günter/Rutzen: **Kulturkatalog. Alternative Kulturpraxis.** 239 S., VSA-Verlag, Hamburg, 15 Fr. Nr. 311

In diesem Kulturkatalog lässt sich so vieles finden, was in unsere zaghaften,

manchmal engagierten Versuche integriert werden kann, sozusagen als Gedankenstütze, Hinweis und Beweis für Möglichkeiten, die wohl vorhanden sind, aber noch genutzt werden müssen. Ergebnis der linken und alternativen (K)ämpfe zusammengefasst - soweit

Alternative Kulturpraxis

als eben möglich - und mit einer dicken Literaturliste zu jedem behandelten Kulturthema. Theater, Politik, Gräber, Flohmarkt und vieles mehr zwischen zwei Buchdeckel geklemmt, warten auf Leser... Kritiker und Optimisten...

Daniel Charles: **John Cage oder die Musik ist los.** 160 S., mit zahlreichen Abbildungen, Merve 87, Merve-Verlag, 12 Fr. Nr. 315

Alle - Avantgarde, Rock-Musik, Free Jazz, Minimal Art, Kulturmacher und Ideenmacher - bedienen sich gerne bei



John Cage. Er ist der Erfinder des präparierten Klaviers, des Musik-Happenings, der elektronischen Live-Musik. Denn «alles Seiende, so wie es sich gerade ereignet, ist musikalisch, die Welt ist musikalisch».

Er macht die leere Stille hörbar, gibt der Erotik der Stimme Raum, lässt den Zufall spielen oder auch 30 Schlagzeuge.

Max Horkheimer (Hg.): **Nachdruck der Zeitschrift für Sozialforschung.** Mit einer Einleitung von Alfred Schmidt in Band 1 und

Gilles Deleuze: **Nietzsche, ein Lesebuch.** 128 S., Merve 84, Merve-Verlag, 8 Fr. Nr. 312

Wer Nietzsche liest, ohne zu lachen, ohne viel zu lachen, ohne oft und manchmal wie verrückt zu lachen, für den ist es, als ob er Nietzsche nicht lasse. Das gilt nicht nur für ihn, sondern für alle Autoren, die ebendieses Horizont unserer Gegenwart bilden... Anstelle unseres kleinen Narzissmus und der schrecklichen Schuldgefühle sprudelt aus grossen Büchern das Schizolachen hervor, und nicht der Signifikant... «Wenn ihr das Buch in Beziehung zum Aussen bringt, entstehen Momente dionysischen Lachens, das ist das Denken in frischer Luft!» (G. Deleuze).

Weitere Titel aus dem Merve-Verlag: Merve 78: Wolton, **Underground im Ostblock.** Rock-Szene, Tramps und Gangs, Witze und Schieberien, 9 Fr. Nr. 313

Merve 61: Foucault, **Mikrophysik der Macht. Über Strafrecht, Psychiatrie und Medizin.** 9 Fr. Nr. 314

einem Gesamtregister in Band 9. Vollständiger 2. reprint der Originalausgaben, 9 Bände in Kassette insgesamt 5366 S., 128 Fr. Nr. 305

Machetrick des Zeitschrift für Sozialforschung

Namen wie Walter Benjamin, Theodor Adorno, Erich Fromm, Herbert Marcu-

se, Max Horkheimer prägen das Gesicht dieses Zeitschrift der dreissiger Jahre.

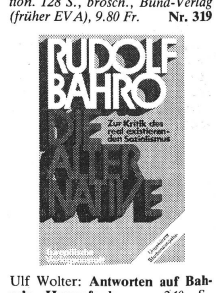
Rudolf Bahro

Rudolf Bahro: **Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus (angekürzte Studienausgabe).** 544 S., kart., Bund-Verlag (früher EVA), 16,80 Fr. Nr. 318

Das Thema Rudolf Bahro ist mit seiner Ausbürgerung in den Westen noch lange nicht abgeschlossen. Im Gegenteil: Heute sind wir direkt mit seiner Kritik des real existierenden Sozialismus angesprochen, müssen uns damit auseinandersetzen. Jetzt ist nicht nur seine «Alternative» in Buchform da, sondern Bahro als dessen Autor und Betroffener. In vielen Schweizer Städten ist Bahro unterwegs, seine Sozialismuskritik zu begründen und mit uns Alternativen zu besprechen und zu finden. Hier einiges an Informationslektüre, zum Bahros Anliegen und Kritik kennenzulernen, sich damit auseinanderzusetzen:

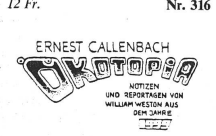
Bahro-Kongress. 260 S., brosch., Olle & Wolter, 16,80 Fr. Nr. 321

Rudolf Bahro: **Ich werde meinen Weg fortsetzen.** Eine Dokumentation. 128 S., brosch., Bund-Verlag (früher EVA), 9,80 Fr. Nr. 319



Ulf Wolter: **Antworten auf Bahro's Herausforderung.** 240 S., brosch., Olle & Wolter, 14,80 Fr. Nr. 320

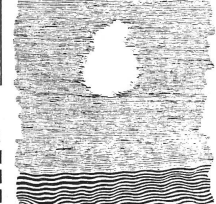
Ernst Callenbach: **Ökoptopia. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999.** 224 S., Rotbuch-Verlag, Rotbuch 200, 12 Fr. Nr. 316



In der Natur wird keine organische Substanz aufgebaut, wenn sie nicht auch wieder abgebaut werden kann; alles ist Teil eines Kreislaufs. Wir sind im Jahr 1999. Seit seiner Unabhängigkeit 1980 hat Ökoptopia - die ehemaligen Weststaaten der USA - in Isolation gelebt. Jetzt kommt der erste Besuch, der Reporter William Weston. Callenbach hat hier die in aller Welt erdachten oder versuchten Möglichkeiten alternativen Lebens zusammengetragen. «Es geht mal wieder los, liebes Tagebuch» und «Letzte Nacht habe ich es gewagt». Alles, was dazwischenliegt, kommt ihr in diesem Buch nachlesen.

Der Papalagi: **Die Reden des Südsee-Häuptlings Tuaiwa aus Tiavea.** Illustriert von M. van Eerd-Schenk. 128 S. (kart.), Verlag Tanner & Staehelin, 9,80 Fr. Nr. 310

In einer Auflage von über 140 000 ist dieses Buch seit 1977 wieder greifbar, begleitet von einigen reduzierten symbolhaften Darstellungen.



«Papalagi heisst der Weise, der Fremde, wörtlich übersetzt aber der Himmelsdurchbrecher, der erste Missionar, der in Samoa landete, kam in einem Segelboot; die Eingeborenen hielten das weisse Segelboot aus der Ferne für ein Loch im Himmel, durch das der Weise zu ihnen kam - er durchbrach den Himmel.»

Bestellcoupon

Ich bestelle folgende Buchtitel Nr(n):

Einsenden an: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich

Name _____

Str. _____

PLZ/Ort _____

Ich bezahle die Rechnung (inkl. Versandkosten) nach Erhalt der Bücher.